

KOORDINATION SOZIALE ORDNUNGSPARTNERSCHAFTEN

STEUERUNGSGRUPPE
ZUR VERBESSERUNG DER SITUATION
AUF ÖFFENTLICHEN STRAßEN & PLÄTZEN

BERICHT
2002 - 2004



Ressort Jugendamt
und Soziale Dienste
Wuppertal

Inhaltsverzeichnis

1. Zusammensetzung der Steuerungsgruppe zur Verbesserung der Situation auf öffentlichen Straßen und Plätzen	2
2. Gründung und Maßnahmen der Steuerungsgruppe.....	3
2.1. Warum wurde die Steuerungsgruppe gegründet?	3
2.2. Welche Aufgaben hat die Steuerungsgruppe?	4
2.3. Wo stößt man auf Grenzen?	5
3. Örtlich begrenzte Projekte und Einzelmaßnahmen	6
3.1. Berliner Platz	6
3.1.1. Vorgeschichte und Entwicklung	6
3.1.2. Café Berlin	8
3.1.2.1. Von der Planung zur Eröffnung.....	8
3.2. Döppersberg.....	11
3.2.1. Schwebebahnhof und Umfeld.....	11
3.3. Gleis 1	13
3.3.1. Entwicklung des Drogenkonsumraums.....	14
3.3.2. AnwohnerInnentreffen.....	16
3.4. Ostersbaum	17
3.4.1. Entwicklung des Stadtteilprojektes	17
3.4.2. Artikel für die Stadtteilzeitung	21
3.4.2.1. Gegenseitige Akzeptanz und Verständnis auf Wuppertals Straßen	21
3.4.2.2. Was ist erlaubt auf Wuppertals Straßen?.....	22
Beyenburg	23
3.5. Einzelfälle	24
4. Übergreifende Arbeitsfelder	25
4.1. Kooperationsvereinbarung zwischen der Kreispolizeibehörde und der Stadtverwaltung	25
4.2. Maßnahmen, die sich unmittelbar auf die Drogenszene auswirken/Problembezirke	27
4.2.1. „Platte“ am Döppersberg.....	27
4.2.2. Auswirkungen auf andere Stadtteile.....	27
4.2.3. Bereitstellung von Hilfen durch Einrichtungen	28
4.2.3.1. Clean-Streets	28
4.2.3.2. Zentrale Beratungsstelle für alleinstehende Wohnungslose (ZBS)	32
5. Anzahl der Personen.....	35
5.1. Jugendliche im öffentlichen Raum und daraus resultierende Problemlagen	40
5.2. Kooperation mit Stadtteilbeauftragten	41
6. Ausblick und Perspektiven	42
7. Impressum	45

1. Zusammensetzung der Steuerungsgruppe zur Verbesserung der Situation auf öffentlichen Straßen und Plätzen

In alphabetischer Reihenfolge sind derzeit folgende Institutionen und Einrichtungen Mitglied der Steuerungsgruppe:

AWG (Abfallwirtschaftsgesellschaft mbH Wuppertal)	Herr Wolfgang Herkenberg (Mitgl.)
Bahnhofsmangement Deutsche Bahn AG	Herr Michael Breuer (Mitgl.) Frau Doris Clemens (Stellv.)
Bergischer Einzelhandels- und Dienstleisterverband e.V.	Herr RA Ralf Engel (Mitgl.) Herr Georg-E. Dalchow (Stellv.)
Bundesgrenzschutz	Herr PHM Stefan Leven (Mitgl.)
Diakonie Barmen gGmbH	Frau Diakoniedirektorin Renate Schäning (Mitgl.) Frau Bärbel Hoffmann (Stellv.)
diakonie elberfeld	Herr Ulrich Liebner (Mitgl.) Herr Jörg Slopianka (Stellv.)
ESW (Eigenbetrieb Straßenreinigung)	Herr Hans-Günter Dieckmann (Mitgl.)
freundes- und förderkreis suchtkrankenhilfe e.V.	Herr Peter Kamps (Mitgl.)
Polizei Polizeiinspektion Ost	Herr POR Wolfgang Lonken (Mitgl.) Herr EPHK Thomas Stalph (Stellv.)
Polizeiinspektion West	Herr PD Dittmar Hoga (Mitgl.) Herr EPHK Ferdinand Schmitz (Stellv.)
Stadt Wuppertal Ressort 201 – Jugendamt und Soziale Dienste	Herr Thomas Lenz (Mitgl.)
201.10 – Bezirkssozialdienste, Soziale Ordnungspartnerschaften	Frau Sibylle Ackermann (Vorsitz, Geschäftsführung und Bearbeitung von Einzelfällen)
201.P - Psychosoziale Planung und Koordination, Behindertenplanung	Frau Charlotte Dahlheim (Mitgl.) Frau Petra Reißing (Stellv.)
Ressort 302 - Ordnungsaufgaben	Herr Carsten Vorsich (Mitgl.)
WSW AG	Herr Stefan Krelke (Mitgl.) Herr Ludwig Froning (Stellv.)

Folgende Institutionen erhalten die Unterlagen bzw. Einladungen zu jeder Sitzung und nehmen bei Bedarf teil:

Stadt Wuppertal Ressort 003 - Stadtmarketing und Wirtschaftskommunikation	Herr Dr. Andreas Kletzander
Ressort 101 – Stadtentwicklung und Stadtplanung	Herr Ingo Sauer
Ressort 103 – Grünflächen und Forsten	Herr Peter Ehm
Ressort 104 – Straßen und Verkehr	Herr Uwe Seidel

2. Gründung und Maßnahmen der Steuerungsgruppe

2.1. Warum wurde die Steuerungsgruppe gegründet?

Die Steuerungsgruppe zur Verbesserung der Situation auf öffentlichen Straßen und Plätzen¹ wurde nach einem Zusammenkommen des Polizeipräsidenten und des Oberbürgermeisters 1997 gegründet. Die beteiligten Institutionen und Personen waren sich einig, dass unterschiedliche Problemlagen auf Wuppertals Straßen existieren und diese nicht allein von einer Institution, sondern nur in gemeinschaftlicher Zusammenarbeit der beteiligten Institutionen zufriedenstellend zu bearbeiten seien. Neben den Gründungsmitgliedern Stadtverwaltung (Ressort Jugendamt und Soziale Dienste -201 und Ressort Ordnungsaufgaben - 302) diakonie elberfeld, ESW (Eigenbetrieb Straßenreinigung), Polizei und WSW AG erweiterte sich der Kreis der Teilnehmenden im Laufe der Jahre um einige Institutionen (vgl. Zusammensetzung der Steuerungsgruppe zur Verbesserung der Situation auf öffentlichen Straßen und Plätzen, S.2). Die Leitung wurde dem Ressort Jugendamt und Soziale Dienste übertragen und inzwischen dem Projekt- und Prozessmanagement der Bezirkssozialdienste (201.10) angegliedert.

Zunächst beschränkten sich die Handlungsgebiete schwerpunktmäßig auf die Elberfelder Innenstadt und den Bereich Döppersberg, wurden aber aufgrund der Nachfrage schnell erweitert.

Durch die mehrjährige Zusammenarbeit und die Ausweitung des Tätigkeitsbereichs auf ganz Wuppertal wurde somit auch der Personenkreis der TeilnehmerInnen im Laufe der Zeit vergrößert (vgl. aktuelle Zusammensetzung der Steuerungsgruppe, Pkt. 1, S. 2).

Das Thema „Verbesserung der Situation auf öffentlichen Straßen und Plätzen“ ist als selbstständiger Themenbereich in der Lenkungsgruppe installiert worden. Diese wurde 1998 im Gesamtzusammenhang der Arbeit zum Thema Soziale Ordnungspartnerschaften als übergeordnete Koordinationsinstanz für die verschiedenen Thematiken eingerichtet.

Funktion der „Lenkungsgruppe Soziale Ordnungspartnerschaften“ ist es auf Leitungsebene Arbeitsbereiche zu initiieren, Aufgaben zuzuweisen, die Aktivitäten der einzelnen Bereiche zu koordinieren und Ergebnisse auszuwerten. Zum Thema Lenkungsgruppe „Soziale Ordnungspartnerschaften“ erhalten Sie weitere Informationen unter www.wuppertal.de über den Link Rathaus und Behörden Anliegen A-Z unter dem Suchbegriff „Soziale Ordnungspartnerschaften“ oder bei der Herausgeberin dieses Berichtes.

¹ Im weiteren Text „Steuerungsgruppe“ genannt

2.2. Welche Aufgaben hat die Steuerungsgruppe?

Die Steuerungsgruppe versucht alle Maßnahmen zu ergreifen, die notwendig sind, um vorhandene Problemlagen im öffentlichen Raum zu lösen. Dazu gehört unter anderem die Koordinations- und Vernetzungsarbeit, die zur Lösung der Problemlagen beitragen soll. Weitere Schwerpunkte in der Arbeit der Steuerungsgruppe sind das Abstimmen von Handlungsfeldern, Selektieren von Problemlagen, Durchführen von Einzelmaßnahmen und die Öffentlichkeitsarbeit. In der Steuerungsgruppe wird über Gesamtzusammenhänge informiert. Ziel ist es, diese in das gesamtgesellschaftliche Bewusstsein aller BürgerInnen zu bringen. Aufgrund der auch im politischen Raum positiv bewerteten Arbeit vergrößerte sich – wie oben beschrieben – sowohl das Einsatzgebiet, der Tätigkeitsbereich als auch der TeilnehmerInnenkreis.

Im täglichen Leben sind sich nicht immer alle Personengruppen „gut gesonnen“, daher kommt es gelegentlich zu Störungen im individuellen Tagesablauf. Einige Personengruppen leben ihre Bedürfnisse auf Kosten anderer aus. Somit kommt es zwangsläufig zu Einschränkungen, Beengungen und Spannungen im öffentlichen Raum. Öffentliche Plätze werden bekanntermaßen von vielen „TagesfreizeitlerInnen“ als Kommunikationsforum, aber auch zum Konsum legaler (z.B. Alkohol) als auch illegaler Drogen genutzt. Hieraus ergibt sich ein breites Feld an Problemlagen wie z.B. das Bilden einer illegalen Drogenszene, Treffpunkte für Jugendliche (SkaterInnen) oder Verschmutzungsproblematiken an diesen Treffpunkten.

Aufgabe der Steuerungsgruppe ist es diese Schwierigkeiten in gemeinschaftlicher Zusammenarbeit zu minimieren bzw. zu lösen. Eine Möglichkeit solche Situationen befriedigend zu lösen gibt es nur, wenn alle Beteiligten in die Erarbeitung der Lösungsstrategie einbezogen werden.

Örtliche Schwerpunkte der Arbeit waren und sind die Plätze, an denen sich eine große Zahl von Menschen mit viel Tagesfreizeit aufhalten. Diese Orte sind häufig auch informelle Treffpunkte für unterschiedlichste Personengruppen. Der bloße Aufenthalt solcher Personengruppen löst bei einigen MitbürgerInnen schon subjektive Vorbehalte und Unwohlsein aus – unstrittig finden jedoch auch objektiv Einschränkungen der Nutzungsmöglichkeiten öffentlicher Plätze für die Allgemeinheit statt. Diese Plätze zeichnen sich durch eben beschriebene Personengruppen, einer hohen Frequentierung, erhöhten Verschmutzung, Graffiti und vom Vandalismus gekennzeichneten Objekten aus.

Die Steuerungsgruppe ist in Ihrer Arbeit immer auf die Beteiligung der BürgerInnen – zu denen auch die hilfebedürftigen Personengruppen gehören -, MieterInnen, EigentümerInnen, Geschäftstreibenden, sowie auf alle Institutionen die inhaltlich beteiligt sind, angewiesen.

Ergebnisse sind nur zu präsentieren, wenn alle beteiligten BürgerInnen auch kompromissbereit sind. Wenn die Kompromissbereitschaft nur einseitig vorhanden ist, kann die beste Zusammenarbeit und Mühe keine Ergebnisse bringen.

Im Gegensatz zu anderen Städten war Wuppertal schon zu Beginn der „Sozialen Ordnungspartnerschaften“ davon überzeugt, dass eine „Dislozierung“, ein in anderen Städten die Vertreibung der hilfebedürftigen Personengruppen umschreibender Begriff, nicht zu den gewünschten Ergebnissen führen kann. Neben den unterschiedlichen inhaltlichen Auffassungen vertritt man in Wuppertal die Meinung, dass aufgrund von gesellschaftlichem Druck nicht die vorherrschenden Gesetze außer Kraft gesetzt werden dürfen.

Mit einer Verlagerung der Personengruppen wäre das Problem nicht gelöst, sondern lediglich verschoben. Ziel ist es, die BürgerInnen für die Lebenslage der jeweils „anderen“ zu sensibilisieren und Ihnen die gegenseitige Verantwortung klar zu machen. Aus diesem Grundsatz ergeben sich die oben genannten Aufgaben.

2.3. Wo stößt man auf Grenzen?

Die Summe der Leute mit viel Tagesfreizeit nimmt im Wuppertaler Stadtgebiet stetig zu. Dies ist u. a. mit der Wirtschaftslage und dem gesamtgesellschaftlichem Wandel zu erklären. Die meisten Personengruppen sind sich einig, dass alle und jede/r das Recht hat, sich im öffentlichem Raum aufzuhalten und seine Freizeit zu verbringen. Bei solchen Zusammenkünften lässt sich häufig ein erhöhter Alkoholkonsum feststellen. Genau an diesem Punkt fangen die Gemüter an sich zu scheiden. Nicht alle Personen/Institutionen wollen/können akzeptieren, dass es nach geltendem Recht nicht möglich ist, die „TagesfreizeitlerInnen“ zu vertreiben. Selbstverständlich können objektiv feststellbare Ordnungswidrigkeiten (öffentliches Urinieren, Störungen durch grob anstößiges Verhalten etc.) verfolgt werden, sofern sie beweisbar sind – klar herausgestellt werden muss jedoch an dieser Stelle, dass solche Verstöße nicht ausschließlich den oben genannten Gruppen zuzurechnen sind. Es ist daher notwendig, Aufklärung in der Öffentlichkeit zu betreiben, welche Verhaltensweisen durch geltendes Recht gedeckt sind und welche eine Ordnungswidrigkeit darstellen (Vgl. hierzu Artikel für die Stadtteilzeitung, S. 21).

Aus diesen unterschiedlichen Einstellungen und Wahrnehmungen ergeben sich immer wieder Beschwerden mit der Forderung, diese Zusammenkünfte aufzulösen. Diese Forderungen und Beschwerden sind oft Gegenstand der zweimonatlich stattfindenden Sitzung der Steuerungsgruppe. In solchen Fällen sind die Einzelinteressen der AnliegerInnen und BürgerInnen mit den personellen, inhaltlichen, finanziellen und rechtlichen Grenzen nicht in Einklang zu bringen.

Inhaltliche Grenze ist u. a. die in Wuppertal auch von der Verwaltungsleitung vertretene Meinung, dass eine „Dislozierung“ der betroffenen Personengruppen keine Problemlösungsstrategie sein kann. Anstelle einer Lösung tritt nur eine Verlagerung der Problematik. So wäre dem individuellen Wohl genüge getan aber das Problem würde an anderer Stelle wieder auftauchen. Die sogenannten „Randgruppen“ haben identische Rechte wie Menschen, die in stabilen sozialen Bezügen leben. Diese Rechte werden von allen gleichermaßen beansprucht.

Rechtlich ist das Konsumieren von Alkohol und das Aufhalten an öffentlichen Plätzen nicht zu beanstanden.

Diese beiden Punkte spielen weder im strafrechtlichen noch ordnungsrechtlichen Sinne eine Rolle. Natürlich besteht ein Konsens, wenn gegen geltendes Recht verstoßen oder eine Ordnungswidrigkeit begangen wird, von den zuständigen Instanzen interveniert werden muss. Allerdings dürfen die rechtlichen Grundlagen hierbei nicht aus den Augen verloren werden.

Aus finanziellen Grenzen ergeben sich mittelbar auch die personellen Grenzen. Da die Haushaltslage zur Zeit sehr angespannt ist und auch keine Entlastung in Sicht ist, ist eine Ausweitung der personellen Präsenz der unterschiedlichen Dienste nicht möglich.

Als Beispiel seien hier die zugehenden Hilfen im Stadtgebiet (die Innenstädte Barmen und Elberfeld sowie die Randbezirke) genannt.

Die acht MitarbeiterInnen des Kommunalen Ordnungsdienstes (KOD) sind für das gesamte Stadtgebiet zuständig. Durch die Kooperationsvereinbarung (vgl. Kooperationsvereinbarung zwischen der Kreispolizeibehörde und der Stadtverwaltung, S.25) wird u.a. versucht, die personelle Lage etwas zu entspannen. Dieses Beispiel zeigt bereits, dass man aus personellen und finanziellen Gründen den Bitten der BürgerInnen um eine erhöhte Präsenz des KOD an bestimmten Orten/Plätzen nur teilweise nachkommen kann.

Ein weiteres Beispiel für eine angespannte finanzielle und personelle Situation ist das Streetwork im Bereich illegaler Drogen. Hier gibt es für das gesamte Stadtgebiet nur eine Stelle. In Fachkreisen besteht Einigkeit, dass ein deutlich höherer Bedarf besteht.

Der Bedarf zugehende Hilfen für Jugendliche wächst stetig. Leider existieren neben dem Spiel- und Freizeitmobil des Stadtbetriebs Jugend und Freizeit (208), welches an vier Tagen in der Woche unterschiedliche Punkte im Stadtgebiet anfährt und den Sommeraktionen am Berliner Platz, kaum weitere Maßnahmen. Streetwork für Kinder und Jugendliche findet in Wuppertal im klassischen

Sinne nicht statt. Die notwendigsten Maßnahmen werden durch MitarbeiterInnen des Stadtbetriebs Jugend & Freizeit, der offenen Türen und der Bezirkssozialdienste (BSD) durch hohes persönliches Engagement erbracht, der Bedarf ist deutlich darüber hinausgehend (siehe Jugendliche im öffentlichen Raum und daraus resultierende Problemlagen, S. 40).

Weitere zugehende Hilfen in diesem Bereich werden von der Initiative für Demokratie und Toleranz, angegliedert im Ressort Zuwanderung und Integration sowie von den Stadtteilbeauftragten in den BSDn angeboten. Trotz einer Verbesserung der Situationen in den vergangenen Jahren ist und bleibt die Situation nicht zufriedenstellend.

Auch durch ein letztes Beispiel lässt sich deutlich machen, dass durch die momentane personelle Besetzung es kaum möglich ist, in allen auftretenden Handlungsfeldern aktiv zu werden: Die Zuständigkeiten der einzigen Mitarbeiterin im Bereich Soziale Ordnungspartnerschaften liegen sowohl in der Geschäftsführung der Lenkungs- und Steuerungsgruppe als auch in der telefonischen wie persönlichen Beratung von BürgerInnen, der Bearbeitung von BürgerInneneingaben und der Umsetzung sowie der Begleitung von Projekten.

Fazit: An einigen Stellen im Stadtgebiet existiert erhöhter Handlungsbedarf, der von den MitarbeiterInnen der betroffenen Institutionen bearbeitet werden muss, auch wenn nötige finanzielle wie personelle Ausstattung nicht immer gewährleistet ist.

3. Örtlich begrenzte Projekte und Einzelmaßnahmen

3.1. Berliner Platz

3.1.1. Vorgeschichte und Entwicklung

Der Berliner Platz ist den unterschiedlichen Gremien und Institutionen seit einigen Jahren als Problembezirk bekannt. Der Sinn und Zweck von öffentlichen Plätzen ist, dass sich dort Menschen aufhalten und Ihrem Kommunikationsbedürfnis nachgehen. Speziell am und um den Berliner Platz werden Armut und Bedürftigkeit einiger Personen verstärkt sichtbar und rücken somit in die öffentliche Wahrnehmung. Wahrnehmung ist ein Problem des subjektiven Empfindens und die Diskussion um betroffene Personengruppen sollte versachlicht werden. Am Berliner Platz gibt es einige Bereiche, die von den problematisch/gefährdeten Personengruppen häufig genutzt werden.

- die Bushaltestelle (5-20 Erwachsene, die Alkohol konsumieren)
- an der „Bühne“ treffen sich überwiegend jüngere Leute teilweise mit Kindern und /oder Hunden
- der Schnellimbiss direkt am Ausgang zur Schwebbahnstation. Dort treffen sich in unregelmäßigen Abständen Personen mit einer Gruppengröße von mindesten fünf Personen.

All diese Plätze werden witterungsbedingt mal mehr oder weniger genutzt.

Die genannten Personengruppen sind oft aus gesundheitlichen Gründen nicht arbeitsfähig. Die meisten KlientInnen sind nicht obdachlos. Allerdings besteht ein Potential an von Wohnraumverlust bedrohten Menschen. Zu dieser Gruppe haben die StreetworkerInnen der diakonie elberfeld regelmäßig Kontakt (mindesten einmal pro Woche).

Auf Initiative des Arbeitskreises „Bürger für Oberbarmen“ konnte in der Vergangenheit für ungefähr ein Jahr ein Projekt für Kinder und Jugendliche mit einigen Honorarkräften umgesetzt werden. Ziel war mit Hilfe der Honorarkräfte Kontakt zu den Kindern und Jugendlichen, die ihre Freizeit häufig am Berliner Platz verbringen, aufzunehmen. Dieses Projekt wurde nicht mehr fortgeführt, da sich während der Arbeit herausgestellt hat, dass die meisten Kinder aus Herkunftsfamilien stammen, in denen bereits Soziale Arbeit geleistet wird.

Das Thema Drogenmissbrauch wird ebenso wie der Bereich Prostitution (auch bezogen auf Kinder und Jugendliche) regelmäßig, auch im Beisein der Polizei, in unterschiedlichen Gremien thematisiert. Verdachtsmomente zum Thema Kinderprostitution traten in der Vergangenheit immer wieder auf, ließen sich aber bis heute durch Ermittlungen der Polizei (regelmäßige Streife am und um den Platz auch in Zivil) glücklicherweise nicht bestätigen, auch wenn sich die Gerüchte im Stadtteil halten. Die Polizei macht deutlich, dass Sie sehr daran interessiert ist, dass BürgerInnen, die entsprechende Verdachtsmomente haben, ihre Beobachtungen der Polizei mitteilen.

Im Bereich illegaler Drogen liegen nach polizeilichen Erkenntnissen die Probleme eher bei den Cannabisprodukten (Haschisch und Marihuana). Auch der Bereich Streetwork in der Drogenhilfe lässt erkennen, dass sich keine Szene wie am Döppersberg gebildet hat. Maximal 15 Personen der bekannten Drogenszene treten unregelmäßig am Berliner Platz auf. Durch eine Änderung des Konzeptes Clean-Streets kann der/die SozialarbeiterIn 2-3 mal in der Woche vor Ort sein und Kontakt zu den KlientInnen suchen. Die Spritzenfunde der MitarbeiterInnen von Clean-Streets liegen bei ca. fünf Stück in der Woche. Fundorte: In der Rosenau und deren Umfeld. Diese Funde bestätigen die Erkenntnisse der Polizei, dass sich bisher keine illegale Drogenszene am Berliner Platz gebildet hat. Gelegentlich werden von Jugendlichen Cannabisprodukte konsumiert (zur Arbeit von Clean-Streets vgl. 4.2.3.1, S. 28)

Allerdings liegt nach Auffassung der ExpertInnen das größte Problem bei den legalen Drogen wie Alkohol. Hier gibt es nicht wie bei den illegalen Drogen die Möglichkeit des ordnungsrechtlichen bzw. strafrechtlichen Eingreifens. Es wurde angedacht, den Kiosk auf dem Berliner Platz zu schließen, so dass sich die Anzahl der Alkohol konsumierenden Personen reduziert. Nach einer urlaubsbedingten dreiwöchigen Schließung des Kiosk konnte keine Reduzierung der Alkohol konsumierenden Personen festgestellt werden, da es genügend alternative Beschaffungsmöglichkeiten in näherer Umgebung gibt. Zudem ergab eine rechtliche Prüfung, dass ein Verbot der vertraglich vereinbarten Nutzung der Verkaufsstelle juristisch nicht haltbar wäre. Es besteht in Fachkreisen der Eindruck, dass auch an dieser Stelle im Stadtgebiet ein zunehmender Alkoholkonsum stattfindet. Offenbar sind vermehrt jüngere Menschen betroffen. Hier spielen sicherlich auch speziell für einen „jungen Markt“ kreierte Alkohol- Mischgetränke (sog. „Alkopops“) eine Rolle. (vgl. hierzu Ausblick und Perspektiven S. 42)

Ordnungsrechtlich wie strafrechtlich liegen die Delikte im Bereich von Verbalattacken oder in Personen, die Ihre Notdurft in der Öffentlichkeit verrichten. Seltener sind körperliche Übergriffe zu beobachten.

Diese Aussagen werden von den MitarbeiterInnen des KOD bestätigt. Der KOD bestreift regelmäßig den Berliner Platz. Feststellungen gibt es im Hinblick auf Pöbeleien und grölende Personengruppen. Wie an anderen Orten auch, lässt sich feststellen, dass bei Auftreten uniformierter Dienste in der Regel keine Auffälligkeiten zu verzeichnen sind.

Nach Eindrücken aller beteiligten Institutionen ist bei verstärktem ordnungsbehördlichen Einschreiten am Döppersberg eine Verschärfung der Situation am Berliner Platz zu verzeichnen. Lässt der Druck in Elberfeld nach, so entspannt sich die Lage auch wieder in Barmen.

Das seit einigen Jahren geforderte niedrigschwellige Angebot am Berliner Platz wurde Anfang des Jahres 2004 in Form des Café Berlin (vgl. Pkt. 3.1.2, S. 8) eröffnet.

Im Ergebnis ist die Situation auf dem Berliner Platz nicht problemfrei. Erkenntnisse über Kinderprostitution, verstärkten Handel illegaler Drogen bzw. die Manifestierung einer Drogenszene liegen nicht vor.

Auf soziale Schwierigkeiten in denen sich einige NutzerInnen des Platzes befinden, wird sofern möglich mit sozialer Arbeit eingegangen.

Keine der beteiligten Institutionen ist rechtlich oder inhaltlich in der Lage, die sich vor Ort aufhaltenden Personengruppen zu verdrängen.

Seit einigen Jahren wir der Teil des operativen Geschäft der Steuerungsgruppe, der die Hilfen für Kinder und Jugendliche umfasst, für den Bereich Oberbarmen vom dortigen Stadtteilbeauftragten wahrgenommen (siehe Kooperation mit Stadtteilbeauftragten, S.41. Die Mitglieder der Steuerungsgruppe werden auch in Zukunft das in ihren Möglichkeiten stehende tun, um auf Problemlagen einzuwirken.

3.1.2. Café Berlin ²

3.1.2.1. Von der Planung zur Eröffnung

Ausgangssituation:

Rückgehend auf ein Gespräch 1997 am Tisch des Oberbürgermeisters wurde eine Steuerungsgruppe zur Verbesserung der Situation auf öffentlichen Plätzen und Straßen beschlossen. Im Wuppertaler Osten fiel die Aufmerksamkeit auf die problematische Entwicklung am Berliner Platz in Oberbarmen, wo sich eine bei jedem Wetter und in hohem Maße Alkohol konsumierende größere Gruppe von Frauen und Männern aufhielt. Einerseits fühlten sich Anwohner und Passanten von diesem Personenkreis gestört, andererseits sah sich dieser wiederum Vorurteilen ausgesetzt und vom Randgruppensein bedroht.

Um der zunehmenden sozialen Verelendung von Frauen und Männern mit besonderen sozialen Schwierigkeiten und der damit verbundenen sozialen Ausgrenzung entgegenzuwirken, hat die Gefährdetenhilfe Wuppertal e. V. in Kooperation und unter Federführung des Wichernhaus Wuppertal e.V. einen Treffpunkt für diesen Personenkreis konzipiert.

Am 01. März 2004 öffnete das Café Berlin als Kontakt- und Beratungsstelle in der Schwarzbach, schräg gegenüber vom Berliner Platz, seine Pforten. Finanziert wird das Projekt neben der Trägergemeinschaft von der Stadt Wuppertal, der Agentur für Arbeit Wuppertal, der Fachstelle „Hilfe zur Arbeit“ sowie der Aktion Mensch.

Bekanntmachung des Projekts:

Diverse Pressekonferenzen wurden abgehalten, um die Wuppertaler Bürger über die Eröffnung und den Arbeitsbereich des Café Berlins zu informieren. Bislang erschienen Beiträge in der Westdeutschen Zeitung, der Wuppertaler Rundschau und in der Lokalzeit des WDRs.

Um sicher zu stellen, dass auch die Zielgruppe erreicht wird, erschien zum einen ein Artikel im Straßenmagazin Die Straße, zum anderen suchten die Sozialarbeiter des Café Berlins persönlich die Frauen und Männer am Berliner Platz sowie am Wichlinghauser Markt auf, um das Projekt vor Ort vorzustellen. Auf diese Weise wird auch weiterhin regelmäßig Kontakt gehalten.

Des Weiteren erfährt das Projekt Bekanntmachung durch Mundpropaganda (z. B. über Stammgäste des city treffs am Alten Markt, die ebenfalls das Café Berlin besuchen) und im Rahmen der Gremienarbeit über weitere soziale Einrichtungen, Schulen, kommunale Dienste, etc.

² Der Text zum Punkt 3.1.2 wurde dem ersten Erfahrungsbericht der Einrichtung entnommen.

Weitere Entwicklung

Räumliche Ausstattung und Öffnungszeiten:

Es gelang gemäß des personellen Rahmens die Öffnungszeiten innerhalb kürzester Zeit auszudehnen. Somit ist das Berlin nun wie folgt geöffnet:

Montag – Freitag	8.00 – 20.00 Uhr
Samstag	9.00 – 13.00 Uhr

Zusätzliche Öffnungszeiten bestehen an Feiertagen (siehe unten).

Der vordere Cafébereich dient als Aufenthaltsraum mit Theke und 5 Tischen. Daneben gibt es noch ein separates Büro für die Sozialberatung sowie die üblichen Sanitarräume. Das Team hat sich bemüht, die Räumlichkeiten funktionell, sicher und zugleich ansprechend zu gestalten. Dazu gehören auch eine Pinwand mit stets aktuellen Stellenangeboten, ein allgemeines „Schwarzes Brett“ und ein Regal mit Lesematerial inkl. Tageszeitungen und Gesellschaftsspielen.

Die Bauarbeiten für einen zusätzlichen Sanitärtrakt mit Waschgelegenheit, Dusche, Waschmaschine und Trockner werden voraussichtlich Ende Mai abgeschlossen sein.

Personalsituation

Im Laufe des ersten Eröffnungsmonats wurde das Stammteam komplettiert, welches sich aus folgende MitarbeiterInnen zusammensetzt:

- Frau Vesper (Leitung)
- Herr Deika (Sozialbetreuung)
- Herr Hoffmann (Sozialbetreuung)
- Frau Füsser (Hauswirtschaftskraft)
- Herr Rosinski (Hauswirtschaftskraft)
- Herr Heinrich (Verwaltungskraft, halbe Stelle)

Ferner sind z. Z. sechs Hilfskräfte über das Projekt „Brückenschlag“ im Café Berlin tätig.

Die übergeordnete Projektzuständigkeit liegt bei Frau Söder, Leiterin des Bereichs Straffälligenhilfe beim Wichernhaus.

Die in Vollzeit beschäftigten MitarbeiterInnen arbeiten im Schichtdienst, so dass immer mindestens ein Sozialarbeiter sowie eine Hauswirtschaftskraft anwesend ist.

Klientel

Nach der ersten Kontaktaufnahme zu den Personengruppen am Berliner Platz und Wichlinghauser Markt wurde das Beratungsangebot recht schnell angenommen - mit steigender Tendenz. Zudem besteht eine erhöhte Nachfrage bzgl. Wäschereinigungs- und Duschgelegenheit. Wichtig in der Anlaufphase war und ist, eine solide Vertrauensbasis zur Zielgruppe zu schaffen.

Der Cafébereich wird zum jetzigen Zeitpunkt überwiegend von AnwohnerInnen des Wohnviertels Schwarzbach bis Hilgershöhe frequentiert. Die Probleme dieser Frauen und Männer zeichnen sich vornehmlich aus durch:

- Einsamkeit
- finanzielle Probleme
- Arbeitslosigkeit
- gesundheitliche Einschränkungen

Sie suchen im Café sozialen Anschluss, teilweise auch Beratung, und schätzen neben den geringen Verzehrpriessen wegen einer akuten oder vergangenen Suchtproblematik die „alkohol-/drogenfreie Umgebung“.

Arbeitsbereiche

Cafébereich/ Tagesaufenthalt

Im Cafébereich werden durchgehend nichtalkoholische Getränke und kleine Speisen serviert. Zudem wurde seit dem 17.05.2004 ein regelmäßiger, wechselnder, warmer Mittagstisch eingerichtet. Jeden Dienstag und Donnerstag gibt es ein Kuchenangebot ab 15.00 Uhr. Die Besucher nutzen den Aufenthaltsbereich zur Entspannung, z. B. beim Lesen, tauschen sich mit anderen Gästen aus oder suchen nach Freizeitgestaltung. Gesellschaftsspiele wie Kniffel, Mensch ärgere Dich nicht oder Halma werden täglich vom Personal angeboten. Auch haben sich erste Gäste zu einer Skat-Runde zusammengefunden. Bei bestehendem Interesse ist diese als regelmäßiges Angebot geplant.

Besondere Aktionen an den Feiertagen wurden versuchsweise (Ostermontag und 1. Mai) zunächst in Form eines „Kaffeeklatsches“ gestartet, da insbesondere an diesen Tagen vereinsamte Menschen eines Zufluchtortes bedürfen. Dementsprechend positiv wurde das Angebot an beiden Tagen angenommen.

Beratungsangebot

Im Eröffnungsmonat März wurden bereits 47 intensive Beratungsgespräche - einhergehend mit entsprechenden Interventionen und praktischen Hilfeleistungen - geführt. Im April wurde schon eine 36 %-ige Steigerung der Anzahl an Beratungsgesprächen verzeichnet. Vorrangig wurde Hilfe zu den Themen Arbeit und Finanzen sowie in Behördenangelegenheiten gesucht (siehe Anlage Statistik). Insgesamt stellten sich die Anfragen jedoch sehr vielfältig dar und reichten beispielsweise von der schlichten Unterstützung beim Ausfüllen eines Antrags auf Sozialhilfe bis hin zur Begleitung bei Ämtergängen oder Sicherstellung der persönlichen Habe nach einem Wohnungsbrand.

Je nach Bedarf vermittelt das Café Berlin-Sozialarbeiterteam auch Fachberatung. Die produktive Zusammenarbeit mit anderen Einrichtungen ist dafür Voraussetzung und bereits gut angelaufen, z. B. besteht ein steter Austausch mit den Streetworkern von Gleis 1 und der diakonie elberfeld.

Daneben bestehen Kontakte zu den Bezirkssozialdiensten, anliegenden sozialen Einrichtungen und Schulen, Trägern von Maßnahmen zur Arbeitsintegration, zu der im Bezirk zuständigen Polizei und dem Ordnungsamt, etc.

Arbeitsintegration - „Projekt Brückenschlag“

Seit ca. 1,5 Jahren wird das Projekt „Brückenschlag“, ein niederschwelliges Arbeitsangebot des Trägerverbandes „Diakonie in Barmen“, über den city treff bzw. inzwischen über das Café Berlin durchgeführt. Seit Bestehen des Café Berlins können sich Interessenten nun auch hier melden.

Wie oben erwähnt sind einige Projektteilnehmer direkt im Café Berlin eingesetzt. Eine positive Anbindung an die Arbeitswelt zeichnet sich ab, denn die Teilnehmer erscheinen äußerst zuverlässig

und motiviert zur Arbeit. Soziale Kompetenzen werden eingeübt, eine Steigerung des Selbstwertgefühls wird deutlich. Zudem werden gemeinsam mit den Sozialarbeitern Zukunftsperspektiven entwickelt und Schritte zur Umsetzung eingeleitet.

Gleichwohl werden TeilnehmerInnen in andere Arbeitsbereiche der Trägerkooperation vermittelt. Wichtig ist für den Erfolg des Projekts auch weiterhin eine enge Zusammenarbeit mit der Fachstelle „Hilfe zur Arbeit“ und der Agentur für Arbeit Wuppertal. Termine zwecks Austauschs mit den jeweils zuständigen Vermittlern wurden für die kommenden Wochen vereinbart.

Gremienarbeit

Das Café Berlin ist in folgenden Arbeitskreisen und Gremien vertreten bzw. eine Aufnahme wurde beantragt:

- Stadtteilkonferenz Oberbarmen/ Wichlinghausen
- Arbeitskreis Oberbarmen
- Arbeitskreis Wichlinghausen
- Bürgerforum Oberbarmen
- Örtlicher Koordinierungskreis der Straffälligenhilfe Wuppertal
- Fachgruppe Hilfen bei Obdachlosigkeit
- Fachgruppe Sucht

3.2. Döppersberg

3.2.1. Schwebebahnhof und Umfeld

Der Tunnel am Wuppertaler Hauptbahnhof ist ein großes Stadttor Wuppertals. Vor diesem Tunnel halten sich regelmäßig Menschen auf und verbringen dort den meisten Teil ihrer Freizeit. Viele von ihnen konsumieren erhebliche Mengen Alkohol. Dieser Platz vor dem Tunnel im Eingangsbereich des Schwebebahnhofs wird ebenfalls von KonsumentInnen illegaler Drogen genutzt. Viele von diesen Personen sind von Obdachlosigkeit bedroht. Neben diesen Menschen wird der Platz auch noch von den PendlerInnen und Reisenden etc. genutzt. In der Vergangenheit äußerten sich die MieterInnen der Ladenpassage, dass sich ein solches Publikum geschäftsschädigend und störend auswirke. Daraufhin wurde zusammen mit allen Beteiligten nach einer Lösung gesucht (vgl. Tätigkeitsbericht 1999-2000).

Wie aus den vergangenen Jahren bekannt, ist es den dort verweilenden Personen nicht zu untersagen, ihre Freizeit dort zu verbringen, es sei denn ein Verstoß gegen die Wuppertaler Straßensatzung oder ein höherrangiges Recht würde bekannt sein und beweisbar vorliegen. Um das subjektive Sicherheitsgefühl der dort ansässigen BürgerInnen und der PendlerInnen dennoch zu verbessern, gab es Mitte Juli 2002 einen Ortstermin am „Stadttor Döppersberg“ unter Leitung des Oberbürgermeisters Dr. Kremendahl. Teilnehmer waren u.a. der Polizeipräsident Werries, verschiedene Dezernenten und Ressortleiter der Stadtverwaltung sowie MitarbeiterInnen der Fachverwaltung. Der Werksleiter des ESW nahm ebenso wie ein Vorstandsmitglied und ein leitender Mitarbeiter der WSW AG sowie der Geschäftsführer des Bergischen Einzelhandels- und Dienstleisterverband teil. Während des Termins sind folgende Aspekte betrachtet worden, um die Situation zu verbessern.

1. Bauliche Veränderungen
2. Umfeldverbesserung
3. Ordnungsrechtliches Eingreifen
4. Soziale Aspekte
5. Sonstige Bereiche

Die Ziele, die man sich gesteckt hatte, konnte man weitestgehend verwirklichen. So wurden noch im selben Jahr die Pyramiden auf den Mauern installiert, um den Personen keine Möglichkeit mehr zu bieten auf diesen zu sitzen oder Ihre alkoholischen Getränke dort abzustellen. Die Pyramideninstallation hat nach momentanem Kenntnisstand dazu geführt, dass der Bereich der Mauer für besagte Personen unattraktiver geworden ist.

Durch die verbesserte Beleuchtungssituation im öffentlichen Raum und unter dem Vordach/Schwebebahnhof ist ein erhöhtes Sicherheitsgefühl bei den PassantInnen entstanden.

Die Reinigung des Schwebebahnhofes wurde von der WSW AG (wie auch im sonstigen Wuppertaler Stadtgebiet) neu organisiert. Die Änderungen führten zu einer deutlich spürbaren Verbesserung.

Um der Verschmutzung vorzubeugen wurde mit dem ESW geklärt, ob noch Kapazitäten im Bereich Reinigung des Umfeldes des Schwebebahnhofs vorhanden sind. Da bereits mit höchster Reinigungsklasse in diesem Bereich gearbeitet wird, ist die Ausweitung des personellen Einsatzes beim ESW nicht möglich. Allerdings wurde, um genügend Entsorgungsmöglichkeiten zu bieten, die Anzahl der Mülleimer in den Innenstädten Barmen und Elberfeld erhöht und Aschenbecher für beide Innenstädte bestellt und montiert. So findet man weniger Zigarettenfilter und/oder Kaugummis, sowie Servietten, Taschentücher etc. in der Innenstadt.

Die Idee Taschenaschenbecher zu verteilen konnte aus Kostengründen nicht umgesetzt werden.

Weiterhin ist durch das Aufstellen von Mülleimern durch die ansässigen GastronomInnen im Umfeld eine Entlastung zu erreichen. An und um die Geschäfte müssen lt. Wuppertaler Straßensatzung genügend Entsorgungsmöglichkeiten vorhanden sein. Dafür sorgt der KOD mit stichprobenartigen Kontrollen.

So wurden die GastronomInnen sensibilisiert auf Ihre Ladenumgebung zu achten und diese sauber zu halten.

Durch die Beschallung mit klassischer Musik seit September 2003 (nur innerhalb der Passage hörbar) versucht man das Wohlbefinden und das Sicherheitsgefühl der PassantInnen zu erhöhen. Erfahrungen aus anderen Städten zeigen lt. den am Ortstermin teilnehmenden Vertretern der WSW AG, dass klassische Musik von den sich ständig aufhaltenden Personengruppen als störend empfunden und somit der Aufenthaltsort unattraktiv gemacht werden soll. Durch den regen Betrieb und somit erhöhtem Lärmpegel innerhalb dieser Passage ist ein Erfolg der Maßnahme teilweise eingetreten. Die Musik wird durch die Passanten nicht direkt wahrgenommen führt aber dennoch – zumindest lt. einschlägiger Studien - zu einem erhöhtem Wohlbefinden. In Bezug auf die Personen mit viel Tagesfreizeit sind diese alter Gewohnheit folgend immer noch an „ihrem“ Platz zu finden.

Es wurde über das Entfernen der Sitzmöglichkeiten (Treppe) diskutiert, aber als nicht zielführend angesehen, da die Treppe je nach Witterung und Jahreszeit auch der Gesamtbevölkerung von Nutzen ist, wären hier Wegenachteile zu befürchten. Außerdem muss man bei solchen Umbaumaßnahmen berücksichtigen, dass die Treppe Teil der Brückenkonstruktion (damit wäre ein Umbau mit erheblichen Kosten verbunden) und ein Umsteigeweg ist.

Ebenso wie bei der Treppe ist der Rückbau des Vordaches vor dem Schwebebahnhof als nicht sinnvoll erachtet worden, denn er wurde in den 50er/60er Jahren erweitert, um die PassantInnen vor dem Spritzwasser der Schwebebahn zu schützen. Dieser Umstand ist heute auch noch gegeben. So würde das Gebiet für alle NutzerInnen unattraktiv.

Um die Situation am Schwebebahnhof zu verbessern und Kriminalität vorzubeugen und zu bekämpfen, werden in unregelmäßigen Abständen Sonderaktionen von Seiten der Polizei und der Ordnungsbehörde geleistet und im Bedarfsfall wiederholt.

Durch die Kooperationsvereinbarung (vgl. Pkt. Kooperationsvereinbarung zwischen der Kreispolizeibehörde und der Stadtverwaltung, S. 25) versucht man, die personell beschränkte Situation zu optimieren, in dem Polizei und KOD in Doppelstreife im Dienst sind und so die höchst mögliche Präsenz zeigen. Zusätzlich ist über eine Übertragung von Teilen des Hausrechts auf die MitarbeiterInnen des KODs innerhalb des KÖBO Hauses nachgedacht worden. Der Vorschlag wird z.Zt. juristisch geprüft.

Um den „OrdnungssünderInnen“ auf die Spur zu kommen, ist es wichtig, über die Ordnungswidrigkeiten informiert zu werden. In der Praxis wird deutlich, dass der unsachgemäße Umgang mit Müll – also das Wegwerfen auf der Straße – eine Problematik darstellt, die alle Gruppen und Schichten der Bevölkerung betrifft. Die von den MitarbeiterInnen des KOD verteilten „roten Karten“, die über Ordnungswidrigkeiten und die entsprechend zu erwartenden Bußgelder informieren, sind nur ein Bestandteil der notwendigen Aufklärungsarbeit.

Zusätzlich sind alle Beteiligten auf die Mitarbeit der BürgerInnen angewiesen, diese können Ordnungswidrigkeiten u.a. den MitarbeiterInnen des KOD melden. Ordnungsrechtliche Maßnahmen sind allerdings nur flankierend und keinesfalls die einzigen Ansätze, um eine Verbesserung der Situation zu erreichen.

Soziale Aspekte in diesem Vorhaben wären ergänzende Maßnahmen von StreetworkerInnen. So konnte der zuständige Dezernent in der Vergangenheit mitteilen, dass wenigstens eine Stelle im Bereich illegaler Drogen vorübergehend besetzt bleibt. Allerdings ist auf Grund der finanziellen Situation an eine dringend notwendige Erweiterung des Personals nicht zu denken. Außerdem ist festzuhalten, dass in weiteren Bereichen zugehende Hilfen fast gänzlich fehlen. Ausgenommen hierfür ist der Bereich Wohnungslosenhilfe der diakonie elberfeld. Die StreetworkerInnen versuchen durch gezielte Einsätze alle Beteiligten zu unterstützen und zu einer Verbesserung der Situation beizutragen. Bereits jetzt werden erhebliche Personengruppen von Einrichtungen, die Aufenthalts- und Betreuungsangebote vorhalten, gebunden. Ziel ist es weitere Angebote zu schaffen, in denen unterstützende Angebote unterbreitet und an die die Personengruppen angebinden werden können. Unterstützend versucht auch der KOD die Personen zu sensibilisieren um eine stetig besser werdende Situation beizubehalten und eine Verhaltensänderung zu erreichen - im Zweifelsfall auch mit ordnungsrechtlichen Maßnahmen.

Neben den derzeit städtebaulich unzureichenden Gegebenheiten, vertritt die Steuerungsgruppe die Auffassung, dass im Fall des Versuchs einer freiwilligen Verlagerung zusammen mit diesen getroffenen Maßnahmen ein alternativer Aufenthaltsort anzubieten wäre.

Die bisher praktizierte Arbeit der Steuerungsgruppe, dass – soweit möglich und polizeitaktisch durchführbar - die Sozialen Einrichtungen über repressive Aktionen im Vorfeld informiert werden und diese mit Ihren Mitteln begleiten, soll beibehalten werden. Die Sozialen Einrichtungen sollen auch über die geplanten Aktionen informiert und nach Möglichkeit eingebunden werden.

3.3. Gleis 1

Der Grund für eine Drogenhilfeeinrichtung in Wuppertal Elberfeld ist damit zu erklären, dass eine solche Einrichtung nur Sinn macht, wenn man relativ szenenah arbeiten kann („Platte“ am Döppersberg), um so den Kontakt und die Akzeptanz bei den KlientInnen zu erlangen. Mitte Juni 2001 kam der Drogenkonsumraum dazu, eingebunden in das bestehende Hilfesystem. In einem Drogenkonsumraum wird Abhängigen die Möglichkeit geboten innerhalb hygienischer Bedingungen ihre mitgebrachten Drogen zu konsumieren.

Zielsetzung ist es, die Gesundheitsgefahren sowohl für die Abhängigen als auch für Nichtbetroffene (z.B. durch Hinterlassenschaften von Konsumutensilien im öffentlichen Raum) zu minimieren und den

DrogenkonsumentInnen Behandlungsmethoden aufzuzeigen und zu ermöglichen. Seit der Eröffnung steigen die BesucherInnenzahlen stetig.

Mit der Eröffnung des Drogenkonsumraumes wurde eine schriftliche Kooperationsvereinbarung geschlossen. In § 7 der Landesverordnung zum Betrieb von Drogenkonsumräumen ist die „Notwendigkeit der Kooperationsformen zur Prävention von Straftaten im unmittelbaren Umfeld der Einrichtung“ vorgeschrieben. Die entsprechende Vereinbarung wurde am 19.12.2000 zwischen der Kreispolizeibehörde Wuppertal, der Staatsanwaltschaft Wuppertal, dem Träger freundes- und förderkreis suchtkrankenhilfe e.V. (ffs) und der Stadtverwaltung Wuppertal geschlossen. Die weitere, in der Landesverordnung vorgeschriebene Begleitung erfolgt in den bereits bestehenden Gremien Lenkungsgruppe Soziale Ordnungspartnerschaften und Steuerungsgruppe, um so den rechtlichen Rahmen für einen relativ reibungslosen Verlauf zu schaffen³.

Den KonsumentInnen wurde schnell klar gemacht, dass der Konsum außerhalb der Einrichtung ebenso zu einem Hausverbot führt wie Dealgeschäfte vor der Einrichtung. Diese Hausverbote werden als Mittel zum Ändern bestimmten Verhaltens bewusst eingesetzt. Alle diese Maßnahmen sowie Einsätze der Polizei, die mit Ihrer Präsenz schon zum Vermeiden von Straftaten beitrug sowie die repressiven Maßnahmen der Polizei führten zur Verbesserung der Situation.

Da sich nach der Auffassung der Steuerungsgruppe im Umfeld kein rechtsfreier Raum bilden sollte, ist die Polizei uniformiert und auch in zivil in der Straße Döppersberg präsent. Als besonders lobenswertes Ergebnis lässt sich sagen, dass aufgrund der guten Zusammenarbeit zwischen der Polizei, dem Betreiber und der Stadt Wuppertal noch keine nennenswerten Straftaten in der Umgebung des und am Drogenkonsumraum zu verzeichnen waren, die auf diesen zurückzuführen sind.

Um eine Szenebildung vor der Einrichtung zu vermeiden sollen auch weiterhin repressive Maßnahmen/Kontrollen, nach Abstimmung zwischen der Polizei, dem Betreiber und der Verwaltung, von der Polizei durchgeführt werden. Dieses Vorgehen wird von allen Beteiligten auch im Vorfeld gewünscht. Die Beteiligten sind sich bewusst, dass bei solchen Kontrollen auch repressive Maßnahmen getroffen werden können.

3.3.1. Entwicklung des Drogenkonsumraums⁴

BERICHT ÜBER DIE DROGENTHERAPEUTISCHE AMBULANZ - DTA - UND DEN DROGENKONSUMRAUM 2003

DTA und Drogenkonsumraum haben sich zu einem unverzichtbaren Bestandteil der Suchthilfeangebote in Wuppertal entwickelt. Im Berichtszeitraum hat die Nachfrage nach den Angeboten insbesondere des Drogenkonsumraums weiter zugenommen. Ein großer Anstieg war darüber hinaus bei den kurzfristigen Vermittlungen in Entzugsbehandlung festzustellen.

³ Anm.: Ausführliche Informationen zur Einrichtung des Drogenkonsumraums in Wuppertal können Sie den vier bei der Stadtverwaltung Wuppertal, 201.P erhältlichen Dokumentationen zum Thema entnehmen.

⁴ Der Text zu Punkt 3.3.1 wurde einem Bericht des Trägers entnommen.

Die Zahl der Konsumraumnutzerinnen und Nutzer ist auch 2003 weiter angestiegen. Hundert Konsumvorgänge täglich, ursprünglich als Kapazitätsgrenze definiert, sind mittlerweile die Regel.

Der Drogenkonsumraum im Gleis1 war im Auswertungszeitraum an 250 Werktagen insgesamt 1.478 Zeitstunden geöffnet. (s. Statistik)

Kumulierte Statistik zum Drogenkonsumraum und zur Drogentherapeutischen Ambulanz

Medizinische Hilfen und Vermittlung in med. Hilfen

Wundversorgung	Vermittlung zu Ärzten u. in Krankenhäuser	Medizinische – und Safer-Use Beratung	Schwangerschaftsberatung	Krisenintervention bei psychischer Dekompensation	Behandlung von Drogennotfällen
502	25	251	12	5	27

Psychosoziale Beratungen

In DTA und Konsumraum fanden insgesamt 671 psychosoziale Beratungen statt. Diese führten zu:

Vermittlungen in weiterführende Hilfen

Drogenberatung	45 insgesamt	14 Frauen	31 Männer
Soforthilfe	4 insgesamt	1 Frau	3 Männer
Entgiftung	75 insgesamt	21 Frauen	54 Männer
Substitution	60 insgesamt	13 Frauen	47 Männer
ärztliche Hilfen	55 insgesamt	12 Frauen	43 Männer
soziale Hilfen	30 insgesamt	10 Frauen	20 Männer

Konsumvorgänge

Konsumvorgänge	Frauen – 2.370	Männer – 21.285	Gesamt – 23.655	Vorjahr – 19.623
Inhalativ	657	7.109	7.766	
nasal	39	231	270	
intravenös	1674	13.945	15.619	

Konsumraumnutzerzahl, Häufigkeit der Frequentierung und Altersstruktur

Im Berichtszeitraum zählten wir folgende unterschiedliche Besucher des Konsumraums:

Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
242	195	234	212	182	249	252	223	242	251	270	292

Diese Besucher nutzen **23.505** mal die Angebote des Drogenkonsumraums. Davon **2.364** mal Frauen und **21.141** mal Männer (Vorjahr: 19.292). Der Unterschied der Benutzerzahlen im Verhältnis zu den Konsumvorgängen ergibt sich aus dem Umstand, dass aus Gründen der Notfallprophylaxe einzelnen Drogengebraucherinnen und Gebrauchern geraten wird, ihre Konsumration auf 2 Konsumvorgänge zu verteilen.

Die Altersstruktur war wie folgt :

18 – 25 Jahre = 24%

25 – 35 Jahre = 48%

über 36 Jahre = 28%

Die im Konsumraum am stärksten vertretene Besuchergruppe waren die **25-35** Jährigen. Der Frauenanteil betrug 10%.

Drogennotfälle

Die Zahl der Drogennotfälle, die eine Krankenhauseinweisung durch den Notarzt notwendig machten, betrug im Berichtszeitraum **7**. Im Vorjahr 17. Im Jahr 2003 ereigneten sich insgesamt **27** Drogennotfälle. In **20** Fällen erwies sich die Notfallversorgung durch das medizinische Personal der Einrichtung als ausreichend.

Hausverbote

Aufgrund von Verstößen gegen die Hausordnung wurden **221** zeitlich befristete Hausverbote ausgesprochen.

3.3.2. AnwohnerInnentreffen

Auch im vergangenen Jahr 2003 wurde im September ein AnwohnerInnentreffen mit AnliegerInnen der Drogenhilfeeinrichtung im Verwaltungsgebäude Neumarkt 10 durchgeführt. In diesem Treffen wird den BürgerInnen die Möglichkeit gegeben, die wahrgenommene Situation positiv wie negativ zu beschreiben, Missstände/Beschwerden anzugeben, diese auch gleich zu diskutieren und zusammen nach Lösungsmöglichkeiten zu suchen oder sie zu erarbeiten. In diesen Gesprächen wurden in der Vergangenheit spezifische Absprachen getroffen. Beispielsweise lagen die Problemlagen im Bereich der Verschmutzung und das Projekt Clean-Streets erklärte sich bereit das Gebiet an und um die Drogenhilfeeinrichtung zweimal am Tag (mo bis sa) zu reinigen. Auch der ESW hat die Frequenz der Handreinigung erhöht. Insgesamt lässt sich aus den Sitzungen der letzten Jahre festhalten, dass die AnwohnerInnen mit der verbesserten Reinigungssituation sehr zufrieden sind.

Um Auseinandersetzungen im Vorfeld zu vermeiden, sind die MitarbeiterInnen des KOD und der Polizei regelmäßig auf dieser Straße im Einsatz. Damit wird Konflikten, im präventiven Sinne,

entgegengewirkt. Diese präventiven Aktionen werden mit Ordnungsmaßnahmen unterstützt. Auch die drei S-Kräfte (Sauberkeit, Sicherheit und Service) der WSW AG sind hier im Einsatz. Alle diese Maßnahmen führten weitestgehend zu einer friedlichen Auseinandersetzung mit der Thematik und zu lösungsorientierten Ansätzen.

Auch auf Wunsch der AnwohnerInnen wurde – um die Situation im Wendehammer zu entschärfen - ein Treffpunkt auf dem Außengelände eingerichtet. Ebenso wichtig für die AnliegerInnen sind konkrete AnsprechpartnerInnen bei Polizei, ffs, Stadt, etc., an die sie sich im Einzelfall gezielt und kurzfristig wenden können.

Um auch die AnwohnerInnen für die Probleme Drogenabhängiger zu sensibilisieren und Hemmschwellen abzubauen, wurden Sie zum letzten Sommerfest mit eingeladen. Die Gespräche zeigen eine positiv zu bewertende Richtung an, deshalb konnten die Abstände zwischen den AnwohnerInnentreffen auf ein jährliches Treffen reduziert werden.

3.4. Ostersbaum

3.4.1. Entwicklung des Stadtteilprojektes⁵

Wie auch in den vergangenen Jahren sind die Hauptziele des Stadtteilprojektes

- ? eine sichtbare Veränderung und Verbesserung des Zustandes der Freiflächen, Spielplätze, Treppen etc. im Stadtteil zu realisieren,
- ? die gemeinsame friedliche Nutzung aller BürgerInnen/BewohnerInnen sicherzustellen und gegebenenfalls
- ? Veränderung der zugehenden Hilfsangebote für benachteiligte Gruppen im öffentlichen Raum einzusetzen.

Durch den heißen Sommer begünstigt häuften sich im Jahr 2003 Problemlagen (Lärmbelästigung bis spät in die Nacht, Erledigung der Notdurft in Vorgärten, Gebüsch etc.) auch am Platz der Republik. Um den Verursachern dieser Konflikte Hilfe anzubieten sind StreetworkerInnen der ZBS (diakonie elberfeld) und des ffs in unregelmäßigen Abständen vor Ort. Ziel ist es dabei nicht, die TagesfreizeitlerInnen zu vertreiben, sondern eine akzeptable Lösung für alle Beteiligten zu suchen und zu finden. Eine Verdrängung würde nicht die Ursachen des Problems beseitigen, lediglich das Symptom wäre verschwunden. Meistens ist es jedoch so, dass die Symptome, in diesem Fall die TagesfreizeitlerInnen, an einem anderen Platz wieder auftauchen

Das Arbeitsprojekt Clean-Streets des freundes und förderkreises suchtkrankenhilfe e. V. (ffs.) beteiligt sich an Bestrebungen, die Auswirkungen des Drogenkonsums im öffentlichen Raum zu minimieren und den KlientInnen Hilfestellungen anzubieten. Gelegentliche Einsätze des Kommunalen Ordnungsdienstes hatten vor allem das Ziel, für eine Reduzierung der Müllablagerungen und des Hundekots zu sorgen. Trotz all der Bemühungen ist in einem Stadtteil mit ca. 155 Personen pro Hektar die Abnutzung von Räumen und Freiflächen relativ hoch und somit eine im Vergleich zu anderen Stadtteilen höhere Verschmutzung unvermeidbar.

Wegen des steigenden Problemdrucks insbesondere bei der Hundekotbelastung, beim Müll und beim Erledigen der Notdurft in der Öffentlichkeit wurden auch zwei Artikel für die Stadtteilzeitung Viertelstunde verfasst. („Gegenseitige Akzeptanz und Verständnis auf Wuppertals Straßen“ und „Was ist erlaubt auf Wuppertals Straßen“, abgedruckt unter Pkt. Artikel für die Stadtteilzeitung, S. 21). Ziel dieser Artikel war es, die AnwohnerInnen und die TagesfreizeitlerInnen dafür zu sensibilisieren, was auf Wuppertals Straßen erlaubt ist und was nicht erlaubt ist.

⁵ Der Text zu Punkt 3.4.1 wurde im Wesentlichen von den MitarbeiterInnen des Stadtteilbüros erstellt.

Neben diesen alt bekannten Handlungsfeldern werden auf der Basis des ganzheitlich orientierten Ansatzes des Stadtteilprojektes Ostersbaum verschiedene Projekttypen ausprobiert und entwickelt, die zur Erhöhung der Identifikation der BewohnerInnen und zur Imageverbesserung des Stadtteils beitragen sollen. Das sicherlich bekannteste Beispiel ist das Projekt Lichterwege.

Das Stadtteilprojekt Wuppertal Ostersbaum hat darüber hinaus im Jahr 2003 an der Durchführung und Abwicklung vieler kleinerer und größerer Projekte mitgewirkt, die eine positive Entwicklung des Stadtteils befördern soll. Diese Projekte werden im Folgenden aufgelistet.

Identitätsstiftende Projekte	
⊗ Lichterwege	Illumination der Treppen im Ostersbaum mit mehr als 3000 Kerzen nach Konzept von Künstlerin Diemut Schilling unter Beteiligung aller Institutionen/Einrichtungen im Stadtteil
⊗ Spiel- und Sportfest	Sportlich betontes Sommerfest aller Stadteleinrichtungen auf dem Platz der Republik
⊗ Flohmarkt	Klein aber fein- der familienfreundliche Flohmarkt auf dem Platz der Republik
⊗ Geschichtswerkstatt	Unterstützung interessierter BürgerInnen bei der Sammlung und Aufbereitung historischer Daten des Stadtteils, Beteiligung an der Veröffentlichung im Rahmen von Veranstaltungen oder Publikationen
⊗ Viertelstunde	Planung und Mitgestaltung der Stadtteilzeitung Viertelstunde zur Information der BewohnerInnen über das Stadtteilprojekt Ostersbaum und andere Ereignisse im Stadtteil
Integrationsfördernde Projekte	
⊗ GÖS (Gestaltung und Öffnung von Schulen)-Projekt	Projekt aller vier Schulen im Stadtteil zur Sicherstellung kontinuierlichen Deutsch-Lernunterrichtes vom 3-6 Schuljahr durch gemeinsam angewandte Methoden, Sprachlernkonzepte, Sprachlernmaterialien, Mediennutzung und intensiven Erfahrungsaustausch der LehrerInnen
⊗ Sprachförderkonzept Rucksack	Sprachförderung im Kindergarten durch paralleles Lernen der deutschen Sprache im Kindergarten und der Muttersprache im Elternhaus . Die Eltern werden im Rahmen eines Elternkurses zur Sprachschulung ihrer Kinder angeleitet
⊗ Begegnungsgruppe mit ausländischen MigrantInnen	Kurs für ältere MigrantInnen, der das Angebot der Altentagesstätte des Nachbarschaftsheimes vorstellt und zum Mitmachen anregt
⊗ Gruppe "Gesunde Mütter - Gesunde Kinder"	Mütterkurs für Migrantinnenmütter zur Information über gesunde Kindererziehung und die Rahmenbedingungen, die für die gesunde Erziehung

	von Kindern in Familie und Umgebung geschaffen werden müssen
? Selbsthilfegruppe türkische Frauen	Eine Selbsthilfegruppe ausländischer Mütter trifft sich seit kurzem regelmäßig im Nachbarschaftsheim und wird bei der Themenfindung, Finanzierung etc. unterstützt
Sozio-Kulturprojekte	
? Comic- Rettung der Zukunft	Im Rahmen einer AG mit der Gesamtschule Else-Lasker-Schüler und der Künstlerin Diemut Schilling wurde ein Comic zu den Themen, Gewalt, Demokratie und Zivilcourage entwickelt, dieses zu Unterrichtsmaterial aufbereitet und den Schulen in Wuppertal zur Verfügung gestellt
? Traumschule	Projektwochen mit Kindern in den drei Grundschulen des Stadtteils zum Thema: "Wie stelle ich mir meine Traumschule vor". Ergebnis wurde auf Film festgehalten und in einer Abschlussveranstaltung präsentiert
? Fenster nach Nebenan	Kooperationsprojekt mit dem Verein Startpunkt e.V., in einem "Filmhaus" am Platz der Republik wurden an vier Abenden 120 Filme aus dem Alltag der StadtteilbewohnerInnen präsentiert
? Kapp-Putsch-Denkmal	Ein von SchülerInnen der Gesamtschule Else-Lasker-Schüler entwickelter Entwurf für ein Denkmal wurde mit Hilfe der BV und Mitteln des Stadtteilprojektes realisiert und am Paradeberg aufgestellt
Bildungsprojekte	
? LOS (lokales Kapital für soziale Bereiche)- Hausaufgabenhilfe für ältere Jugendliche	Angebot einer Unterstützung bei Hausaufgaben und Förderung schulischer Leistungsfähigkeit im Nachmittagsprogramm des Nachbarschaftsheim Wuppertal
? LOS- Job-Cafe für Mädchen	Orientierungshilfe für junge Mädchen auf dem Weg in den Beruf durch Information, Exkursionen, Beratung und Elternarbeit
? LOS- FIT- Fit für Computer und Internet	Orientierungskurs zum Umgang mit dem PC und Internet für Mädchen und Jungen getrennt im Nachmittagsprogramm des Nachbarschaftsheim
Lokalökonomische Projekte	
? LOS-Ladenlokalprojekt	Optisch ansprechende Herrichtung leerstehender Ladenlokale mit Hilfe von arbeitslosen Jugendlichen aus Beschäftigungsprojekten
? LOS-Vernetzungsprojekt Gathe	Schaffung einer Werbegemeinschaft/Interessengemeinschaft Gathe zur Stärkung der ökonomischen Potentiale der dort

	angesiedelten Betriebe
? Huppertsbergfabrik/Startpunkt e.V.	Umbau einer Gewerbeimmobilie zu einem Medien-Kulturzentrum mit Firmen und Vereinen der Medienkultur sowie Umsetzung eines stadtteilorientierten Bildungs- und Kulturkonzeptes des Trägervereines
Klassische Stadtteilentwicklungsprojekte	
? Treppen	Umbau der Treppen zu attraktiven nutzbaren Wege-Verbindungen für die StadtteilbewohnerInnen mit hohem Aufenthaltswert
? Bunker	Suche nach einem tragfähigen Konzept zum Umbau des Bunkers mit interessierten InvestorInnen, Vertragsverhandlungen und Planung des Bunkerumfeldes (Bolzplatz/Spielplatz/Parkplätze etc.)
? Schulhöfe	Umgestaltung und Öffnung der Schulhöfe als Spiel- und Sportfläche für die Kinder und Jugendlichen des Stadtteils
? Fassadenprogramm	Beteiligung an der Erarbeitung von Richtlinien zur Umsetzung des Fassadenprogramms im Rahmen des Stadtteilprojektes
? Verkehrsprojekte	Beteiligung an der Entwicklung fußgängerfreundlicher Verkehrssituationen im Stadtteil im Rahmen des Stadtteilprojektes
? Umbau Kirchengebäude/Naba	Beteiligung an der Planung, Realisierung und Präsentation (Einweihung/Tag der Offenen Tür etc.) des Umbaus des Nachbarschaftsheimes Wuppertal zu einem zentralen sozialen Zentrum im Stadtteil

Neben den oben genannten Projekten beteiligt sich die Stadtteilkonferenz Ostersbaum an der Initiative "Schau nicht weg". Diese Initiative versucht zu sensibilisieren gegen die alltägliche Gewalt, die Kinder und Jugendliche z.B. auf ihrem Schulweg oder in Ihrer Freizeit in der Öffentlichkeit erleben. Mit dem Aufkleber der Initiative signalisieren Einrichtungen, Geschäfte etc, dass sie Kinder Sicherheit geben in Bedrohungssituationen. Auch sollen die Kampagnen neben der Erhöhung des Sicherheitsgefühls der Betroffenen zu mehr Zivilcourage der BürgerInnen gegen Gewalt unter Kindern und Jugendlichen beitragen.

Die Ziele des Stadtteilprojektes Ostersbaum lassen sich auf lange Sicht nur verwirklichen und umsetzen, wenn Verwaltungsabteilungen, soziale Einrichtungen und BürgerInnen gemeinsam zusammenarbeiten. Die Möglichkeit, über die im Quartier existierende Stadtteilbeauftragung die Vernetzung koordiniert zu begleiten, wird hoffentlich die Wirkung der eingeleiteten Maßnahmen verstärken. Mit vielen Projekten soll die Identifikation der BewohnerInnen mit ihrem Stadtteil gestärkt werden. Die BürgerInnen sollen lernen, verantwortungsbewusst für das eigene Umfeld zu handeln.

3.4.2. Artikel für die Stadtteilzeitung

3.4.2.1. Gegenseitige Akzeptanz und Verständnis auf Wuppertals Straßen

Es spricht für die Attraktivität unserer Stadt, dass sich die hier lebenden Bürgerinnen und Bürger gerne an öffentlichen Orten, wie dem "Platz der Republik" oder dem "Berliner Platz" aufhalten. Zudem entspricht es der Natur einer lebendigen Stadt, dass hier Menschen aus mehreren Nationen, unterschiedlichen Alters, verschiedensten Interessenlagen und auch mit unterschiedlichen Problemen zusammentreffen.

Für einen Teil dieser Menschen sind die Straßen und andere öffentliche Orte der Lebensraum, an dem sie sich den überwiegenden Teil des Tages aufhalten.

Was sind das für Menschen, die sich augenscheinlich noch nicht im Rentenalter befinden und doch über viel "Tagesfreizeit" verfügen?

Viele dieser Bürgerinnen und Bürger sind von Arbeitslosigkeit und den damit verbundenen Problemen betroffen: Reicht das Geld für die nächste Miete? Was mache ich den ganzen Tag, ohne Geld ausgeben zu müssen?

Offt sind sie alleinstehend. Um der Einsamkeit und Isolation zu entfliehen, treffen sie ihre Freunde und Bekannten an den genannten Orten. Das Geld, um sich in einer Gaststätte zu treffen, ist nicht übrig. Das eigene Zuhause bietet oft nicht die Gelegenheit, Besuch zu empfangen. Nicht selten ist auch gar kein eigenes Zuhause vorhanden.

Es gab und gibt eine ganze Anzahl von Diskussionen, die sich mit tatsächlichen oder vermeintlichen Beeinträchtigungen, die von "Leuten mit viel Tagesfreizeit" ausgehen sollen, beschäftigen. Bei näherer Betrachtung stellt sich in der Regel heraus, dass sozial unverträgliche Verhaltensweisen nicht häufiger vorkommen, als in der übrigen Bevölkerung. Offensicht erzeugt die Anwesenheit von sogenannte Randgruppen bei nicht wenigen Menschen ein gewisses Unbehagen, das, wenn es nicht kritisch hinterfragt wird, für Vorurteile verantwortlich ist.

Unbestritten ist, dass rücksichtsloses oder kriminelles Verhalten, egal von wem es verursacht wird, zu verfolgen und zu bestrafen ist. Gegen diese Verstöße gibt es Gesetze, die von Polizei und Justiz auch umgesetzt werden.

Schwieriger wird es bei der Feststellung und Bestrafung mancher Ordnungswidrigkeit:

- Warum wird das "Mitführen von Alkohol in mehr als nur geringfügigen Mengen zum Genuss vor Ort" bestraft, wenn diejenigen Leute, die über genügend Geld verfügen, sich in der Kneipe nebenan ungehindert betrinken können?
- Viele Ordnungswidrigkeiten passieren nicht aus böser Absicht, sondern aus Unwissenheit oder Gedankenlosigkeit.
- Nicht ganz unwichtig ist auch, welche Konsequenz die Strafe für den Einzelnen hat. Die Belegung mit Bußgeldern führt bei Leuten, die unter erheblichen finanziellen, sozialen und möglicherweise gesundheitlichen Beeinträchtigungen leiden, zu einer weiteren Verschlimmerung ihrer Situation, um die sich dann im günstigsten Fall die Sozialarbeit kümmern kann.

Viele Ordnungswidrigkeiten würden gar nicht entstehen oder als solche definiert, wenn die Lebenswelt und die Sorgen der Anderen besser bekannt wären. Was liegt daher näher, als das gemeinsame Gespräch auf Wuppertals Straßen und Plätzen zu suchen? Zudem erfüllen diese öffentlichen Orte damit ihre Bestimmung als Kommunikations- und Aufenthaltsort. Für alle Wuppertaler Bürgerinnen und Bürger.

Werner Reschke

Leiter der Zentralen Beratungsstelle für alleinstehende Wohnungslose

3.4.2.2. Was ist erlaubt auf Wuppertals Straßen?

Die ersten warmen Tage in diesem Jahr stehen vor der Tür. Die Zeit des Fenster- und Hausputzes und des Autowaschens meldet sich an, ebenso wie lange, ausgedehnte Spaziergänge mit unseren vierbeinigen Freunden – oder auch einfach das Treffen mit Freunden und Bekannten unter freiem Himmel. Sicherlich ist allen LeserInnen bekannt, dass es nicht gestattet ist, ein unangemeldetes Auto am Straßenrand zu „Parken“ oder seine Notdurft in der Öffentlichkeit zu verrichten – aber was ist mit dem Putzwasser im Kanal, der Pommes-Schale und der Cola-Dose auf der Wiese? Darüber hinaus gibt es noch viele andere Themen, die das allgemeine Miteinander betreffen.

So ist es mindestens problematisch, wenn man im Schweiß seines Angesichts die erste Fensterputz-Aktion hinter sich gebracht hat, dafür sorgt, dass der Hausflur wieder tageslichttauglich erscheint und sich dann die Frage stellt, wohin mit dem reinigungsmittelversetzten „Schmutzwasser“? Als einfachste, aber ordnungswidrige Lösung bietet sich der beherzte Sturz des Wassers in die Kanalisation an. Wer macht sich darüber Gedanken, dass er so etwas Verbotenes tut? Unter Berücksichtigung von Umweltgesichtspunkten (und der Wuppertaler Straßensatzung) sei hier noch einmal der richtige Weg der Entsorgung genannt: Nehmen Sie den Eimer mit „Schmutzwasser“ wieder mit zurück in ihre vier Wände und gießen Sie das Wasser in die Toilette oder in das Waschbecken – so sorgen Sie dafür, dass der Dreck beim Klärwerk ankommt.

Natürlich ist es auch die Zeit, sein Auto zu waschen, zu wachsen und zu polieren, um es für das frühjährliche Schaulaufen herzurichten. Klar soll auch das Auto die positive Stimmung des Frühlings widerspiegeln - allerdings sollten Sie versuchen, den Weg zur Autowaschanlage zu finden, um Ihr Auto zu verwöhnen. Selbiges vor der Haustür zu tun ist bestimmt bequemer aber dennoch problematisch, da die „ungesunden Reststoffe“ ungeklärt in die Kanalisation gelangen. Deshalb hat der Rat der Stadt das Autowaschen auf öffentlichen Straßen und Anlagen ausdrücklich in der Straßensatzung verboten!

Ebenfalls ein positiver Effekt der Jahreszeit sind die ausgedehnten Spaziergänge für Hund und Mensch. Dennoch wissen wir alle, dass unsere vierbeinigen Freunde sich nicht immer daran halten, dass der Platz, an dem sie ihre Notdurft erledigen, keine Hundewiese ist oder der Kinderspielplatz nicht für sie gedacht ist. Ebenso wie sie nicht wissen, ob sich jemand bedroht fühlt. Klar ist auch, dass wenn sich der Hund bedroht fühlt, er zu dem Mittel zurückgreift, welches ihm instinktiv gegeben wurde: er bellt und/oder beißt. Aber die Verantwortung für solche Vorfälle liegt nicht beim Hund – sondern bei Frauchen oder Herrchen, die für ein eventuelles Fehlverhalten auch zur Verantwortung gezogen werden können. Um Ihren Vierbeinern dennoch gerecht zu werden, gibt es gewisse Regeln, an die sich die HundebesitzerInnen halten sollten. Unter diese Regeln fallen zum Beispiel die Leinenpflicht für Hunde in bewohnten Stadtgebieten sowie das Entfernen der Notdurft. Diese Pflichten dienen einzig und allein dem gemeinsamen Miteinander, denn niemand tritt gern in die Hinterlassenschaften der Vierbeiner oder fühlt sich in ihrer Gegenwart gar bedroht - denn der Hund ist ja bekannter Weise der beste Freund des Menschen!

Der Frühling ist auch der Zeitraum des geselligen Beisammenseins, in dem man sich mit seinen Bekannten in der Öffentlichkeit aufhält und Getränke konsumiert sowie sich austauscht. Bekanntermaßen kann es bei solchen Treffen auch mal lauter werden und auch die Abfallproduktion steigt. Dies kann im Einzelfall bedeuten, dass sich einzelne Personen bzw. Personengruppen durch diese Zusammenkünfte in Ihrer persönlichen Entfaltung eingeschränkt fühlen. Sei es durch Lärm, Alkoholkonsum oder Müll, der hinterlassen wurde. Dies ist zwar individuell gesehen tragisch und gewiss auch subjektiv betrachtet richtig- aber eine Auflösung solcher Zusammenkünfte sowie das Unterbinden des Alkoholkonsums ist rechtlich nur dann möglich, wenn sich diese Personengruppen beispielsweise grob anstößig verhalten. Die Problematik mit dem Müll schaut da schon etwas anders aus: seien Sie sich bitte bewusst, dass man die entstehenden Abfälle- dazu zählen auch

Zigarettenkippen-, die bei einem Picknick, netten Zusammentreffen oder Grillen entstehen können, entsorgen sollte. Bei solchen Events fällt deutlich mehr Müll an (z.B. leere Flaschen, Zigarettenkippen, Verpackungen und Papiermüll) als im normalen Tagesgeschäft. Somit kommt es auch häufiger vor, dass die von Ihnen aufgesuchten Wertstoffsammelcontainer überfüllt sind. Falls dies der Fall ist, denken Sie bitte daran, dass Sie ihr Sammelsurium nicht einfach dazustellen können - damit auch die nachfolgenden Personen diesen Platz sauber vorfinden und nutzen können und unseren Kinder nicht im Dreck spielen müssen. Auch wenn es lästig erscheint, ist es leider nötig, dass Sie Ihren bereits gesammelten Müll wieder mit nach Hause nehmen oder ihn an anderer Stelle in den vorgesehenen Wertstoffsammelcontainern entsorgen müssen.

In Anbetracht dieser Tatsachen machen Sie sich bitte bewusst, dass - falls Sie ein/e MitarbeiterIn des Kommunalen Ordnungsdienstes (KOD) oder der Polizei dabei ertappen sollte, dass Sie Ihre Hinterlassenschaften an Ort und Stelle zurücklassen, Sie Ihr „Schmutzwasser“ in der Öffentlichkeit entsorgen oder Sie mit Ihrem Hund unangeleint im öffentlichen Raum angetroffen werden, Sie zumindest mit einer Verwarnung rechnen müssen, aber auch mit einem Ordnungsgeld beglückt werden können.

Allerdings wäre es schöner, auf Ihr Verständnis zu stoßen und zu einem positiven Miteinander im Stadtteil beizutragen, statt zu versuchen, die Anzahl der Ordnungswidrigkeiten durch Ordnungsgelder zu verringern. Positive Ansätze, wie zum Beispiel die „Patenschaften für ein Stück Stadtteil“, die sich am Ostersbaum schon lange bewährt haben und weitere Projekte in bürgerschaftlichem Engagement sind hier gute Beispiele –helfen Sie mit, Ihren Stadtteil zu verschönen!

Alle AnsprechpartnerInnen zu den genannten Themen finden Sie hier auf einen Blick:

Stadtteilbüro	Frau Heinrichs/ Frau Kamp	Tel. 24519-70	Heinrichs@nachbarschaftsheim-wuppertal.de Kamp@nachbarschaftsheim-wuppertal.de
Polizei	Wache Hofkamp Bezirksbeamter, Herr Klupsch	Tel. 284-1061 Tel. 284-1095	Dietmar.Klupsch@Wuppertal.Polizei.NRW.de
Ressort Jugendamt und Soziale Dienste, Soziale Ordnungs- partnerschaften	Frau Ackermann Herr Zeiler	Tel. 563-4284 Tel. 563-2724	Sibylle.Ackermann@stadt-wuppertal.de Rene.Zeiler@stadt-wuppertal.de

AutorInnen

René Zeiler; Sibylle Ackermann

Beyenburg

Beyenburg zählt mit seinem Naherholungscharakter zu den Gebieten in Wuppertal, die von vielen WuppertalerInnen und BürgerInnen anderer Städte für Ausflüge und Spaziergänge genutzt werden. Auch Jugendliche aus den umliegenden Städten werden angezogen. Jeder dieser Menschen versucht seine Freizeit so optimal wie möglich zu gestalten. An dieser Stelle beginnen die Reibungspunkte zwischen AnwohnerInnen und BesucherInnen.

Schon im letzten Jahr (2003) haben Gespräche zwischen der Polizei und dem Wupperverband, BeschwerdeführerInnen und der Stadt Wuppertal stattgefunden. Die Hauptproblematik liegt am und um den Stausee (Müllentsorgung, Lautstärke etc.). Durch die vermehrte Präsenz von BesucherInnen

(unter denen sich auch Jugendliche befinden) um und an dem Stausee, haben sich nach der Auffassung von AnwohnerInnen die Straftaten in Beyenburg drastisch vermehrt (zerstochene Autoreifen, Lärmbelästigung). Da die Probleme überschaubar waren, suchte man von Seiten der Stadtverwaltung eine Klärung im kleinen Kreis.

Für das Jahr 2004 wurde angeregt, alle Beteiligten zu einem Gespräch einzuladen, in dem die aktuelle Situation aus den verschiedenen Perspektiven beleuchtet werden sollte. Dieses Treffen sollte frühzeitig im Jahr stattfinden und alle Betroffenen berücksichtigen. Hierbei sollten gemeinsame abgestimmte Konzepte erarbeitet und anschließend auch umgesetzt werden.

PodiumsteilnehmerInnen waren VertreterInnen der Stadt Wuppertal (Ressort Umweltschutz, Stadtbetrieb Jugend und Freizeit, Ressort Jugendamt und Soziale Dienste), der Bezirksjugendrat, leitende Mitarbeiter des Wupperverbands, der Leiter der Polizeiinspektion Ost, ein Vertreter der 10. Einsatzhundertschaft und als Moderator der ehemalige Leiter des Ressorts Presseamt.

Im Frühjahr 2004 kam es laut Aussage von AnwohnerInnen bzw. Eltern außerdem zu Übergriffen auf Kinder und Jugendliche, die nur zum Teil der Polizei gemeldet wurden. Im Ergebnis wurde u.a. die Aktion „Schau nicht Weg“ auch in Beyenburg installiert, zusätzlich erhöhte sich – zumindest für die Betroffenen – die Notwendigkeit, diese Vorfälle öffentlich zu diskutieren und für die Zukunft Abhilfe zu schaffen.

Aufgrund der im Vorjahr getroffenen Vereinbarung mit den BeschwerdeführerInnen und den jüngsten Ereignissen lud die Stadtverwaltung zu einem gemeinsamen Termin mit BürgerInnen und Fachleuten von allen beteiligten Institutionen. Zu diesem Zeitpunkt waren sich der Wupperverband und die Polizei bereits über eine teilweise Übertragung des Hausrechts - an den Wiesen am Stausee - auf die Polizei einig.

Ziel dieses Termins war es, Berichte von BürgerInnen, VereinsvertreterInnen, Mitgliedern politischer Gremien und von MitarbeiterInnen verschiedener beteiligter Institutionen zusammenzufassen und eine Strategie zur Problemlösung zu erarbeiten.

Aufgrund dieses Termins haben sich zwei weiterführende Arbeitskreise gebildet, in denen nicht nur Fachleute sondern auch interessierte BürgerInnen nach Lösungsstrategien suchen. In diesen Arbeitskreisen beschäftigt man sich einmal mit der Problematik der Jugendlichen und den fehlenden Freizeitangeboten für diese. Hier hat die Federführung der SB Jugend und Freizeit.

In dem zweiten Arbeitskreis geht es um die Lage am und um den Stausee sowie um Lösungsstrategien betreffend des Mülls und Lärms am Stausee. Hier liegt die Federführung beim Wupperverband.

3.5. Einzelfälle

In der Steuerungsgruppe werden nicht nur feststehende Themenbereich sondern auch die vielschichtigen Einzelfälle bearbeitet. Meistens kommen die Hinweise, die zu einem Tätigwerden führen, von Mitgliedern der Steuerungsgruppe, anderen städtischen Einrichtungen oder durch Darstellungen von BürgerInnen. Hier seien als Beispiele die Arbeitskreise Sedansberg und Hatzfeld genannt, aus deren Sitzungen sich gelegentlich ein Tätigwerden der Steuerungsgruppe, ergibt (Radarkontrollen an Straßen die als Raserplätze bekannt sind, oder eine Prüfung ob es möglich ist, generelles Parkverbot für LKW in bestimmten Gebieten zu erlangen).

Off besteht (speziell bei BürgerInnen) ein Informationsdefizit. Aufgabe ist es, diese Leute zu informieren und über Zuständigkeiten aufzuklären.

In der Bearbeitung undurchsichtiger und umfangreicher Problemlagen hat sich in der Vergangenheit eine gut funktionierende Kooperationsform entwickelt. Hinweise gehen direkt an die Abteilung Soziale Ordnungspartnerschaft und werden, wenn möglich, von dort bearbeitet. Wenn dies nicht möglich ist, wird diese Problemlage zur Abstimmung und Bearbeitung an andere Mitglieder der Steuerungsgruppe gegeben. Eine zentrale Antwort erhalten die AbsenderInnen in der Regel als gebündelte Informationsquelle aus der Stelle Soziale Ordnungspartnerschaften. Durch dieses Vorgehen wird die/der KundIn nicht unnötig weiter verwiesen sondern nach erfolgter Abstimmung über den Sachstand informiert. So hat die/der hinweisgebende BürgerIn nur eine/n AnsprechpartnerIn. Außerdem werden so unnötige Arbeitsschritte übergangen und nicht jede Fachdienststelle bearbeitet ein identisches Problem. So können und sollen entstehende Synergieeffekte genutzt werden.

4. Übergreifende Arbeitsfelder

4.1. Kooperationsvereinbarung zwischen der Kreispolizeibehörde und der Stadtverwaltung

Mit der organisatorischen Einbindung des Kommunalen Ordnungsdienstes in die Abteilung 1 des Ressorts Ordnungsaufgaben erfolgte Anfang 2003 eine Neuausrichtung. Die Stellen wurden wieder besetzt, so dass die Iststärke (Außendienst) jetzt der Sollstärke von acht MitarbeiterInnen entspricht. Mitte 2003 wurde eine Kooperationsvereinbarung (s.u.) mit der Polizei abgeschlossen, um die Zusammenarbeit zu intensivieren. Es wurden insgesamt vier Bereiche definiert, die gemeinsam mit der Polizei bestreift werden (Innenstadtbereich Elberfeld, Innenstadtbereich Barmen, Berliner Platz, Hardt mit Platz der Republik). Darüber hinaus wurde ein einheitlicher Maßnahmenkatalog, verbunden mit einer einheitlichen Einschreitschwelle, geschaffen, der als Basis für das gemeinsame Handeln genutzt wird.

Jeweils ein/e MitarbeiterIn des KOD verrichtet ihren/seinen Dienst in der Polizeiwache Alter Markt sowie in der Polizeiwache Döppersberg. Weitere zwei Mitarbeiterinnen besuchen den Angestelltenlehrgang, wodurch diese an zwei Tagen pro Woche ausfallen. Unter Berücksichtigung von weiteren urlaubs- und krankheitsbedingten Ausfällen reduziert sich die Personalressource rein rechnerisch auf sechs MitarbeiterInnen, die im Zwei-Schicht Betrieb im gesamten Wuppertaler Stadtgebiet eingesetzt werden sollen.

Die unten anhängende Vereinbarung wurde vom Polizeipräsidenten Werries und dem Oberbürgermeister Dr. Kremendahl unterzeichnet.

Kooperationsvereinbarung über die gemeinsame Aufgabenwahrnehmung bei der Feststellung und Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten sowie zur Gefahrenabwehr zwischen der Kreispolizeibehörde Wuppertal und der Stadt Wuppertal

Mit dieser Vereinbarung werden folgende Ziele verfolgt:

- Stärkung des Sicherheitsempfindens der Bevölkerung und der objektiven Sicherheitslage an den Örtlichkeiten, an denen das Sicherheitsgefühl empfindlich gestört ist, insbesondere an den

Brennpunkten der Innenstadtbereiche Barmen und Elberfeld.

- Reduzierung der Anzahl von Störern auf bestimmten exponierten Plätzen und Anlagen und Verhinderung neuer Gruppenbildung auf der Basis begleitender Alternativangebote der sozialen Ordnungspartner. Dadurch gegebenenfalls an anderen Stellen in der Stadt entstehende neue Problemlagen müssen in Kauf genommen werden.

Wesentliche Grundlagen der Zusammenarbeit sind:

- Anlassbezogene, gemeinsame Streifengänge dort, wo ständig gemeinsame Interessen betroffen sind, wobei jeder im Rahmen seiner eigenen Zuständigkeit tätig wird.
- Gemeinsame Sonderaktionen (z.B. Straßenfeste, größere Veranstaltungen)
- Konsequente Durchsetzung der Straßenordnung der Stadt Wuppertal sowie weiterer einschlägiger Rechtsgrundlagen (z.B. Landeshundegesetz, Preisauszeichnungsverordnung, Straßen- und Wegegesetz) auf der Basis einer einheitlichen Einschreitschwelle.

Maßnahmen:

- Erhöhung der Präsenz
Die Präsenzzeiten orientieren sich im Rahmen der personellen Möglichkeiten grundsätzlich an den Brennpunktzeiten. Sie sind aber so flexibel zu gestalten, dass angesichts der begrenzten Personalressourcen ausreichend Einsatzkräfte für besondere Anlässe und Sonderaktionen verfügbar bleiben.
- Seitens der Polizei und der Stadt ist ausreichend Personal zur angemessenen Aufgabenerledigung des jeweiligen Zuständigkeitsbereiches einzusetzen.
- Die gemeinsame Arbeit wird durch regelmäßige Einsatzbesprechungen gesteuert.
- Der beigefügte Maßnahmenkatalog ist Bestandteil dieser Vereinbarung.

Ein regelmäßiges Controlling über Aktivitäten, Feststellungen, eingeleitete Verfahren und objektiv eingetretene Veränderung der Lagebilder ist jeweils von der zuständigen Stelle vorzunehmen.

Diese Vereinbarung gilt zunächst für die Dauer von einem Jahr nach Inkrafttreten.
Rechtzeitig vor Ablauf der Vereinbarung wird sie auf ihre Wirksamkeit und Verlängerbarkeit überprüft.

Wuppertal, den

Wuppertal, den

.....
Polizeipräsident

.....
Oberbürgermeister

4.2. Maßnahmen, die sich unmittelbar auf die Drogenszene auswirken/Problembezirke

4.2.1. „Platte“ am Döppersberg

In Wuppertal geht man von ca. 200-300 sichtbar in Erscheinung tretenden KonsumentInnen illegaler Drogen (Heroin und Kokain) aus⁶ (offene Szene). Die Dunkelziffer liegt laut Einschätzung von Fachleuten bei ca. 2.000.⁷ Die Zahlen der alkoholabhängigen und behandlungsbedürftigen Personen liegt in Wuppertal bei ca. 15.000⁸. Wie auch in der Vergangenheit ist der am stärksten frequentierte Platz für KonsumentInnen illegaler und legaler Drogen der Tunnelausgang am Döppersberg (die „Platte“).

Trotz der unter Punkt 3.2 (siehe Schwebebahnhof und Umfeld, S. 11) beschriebenen Maßnahmen ist der Platz für genannte Personengruppen nicht so unattraktiv geworden, wie man sich erhofft hatte. Aufgrund dieser Tatsache wird der Tunnelausgang von unterschiedlichen Personengruppen aufgesucht. Die Zusammenkünfte – in unterschiedlicher Stärke – reichen von einigen über ca. 40 bis zu 100 Personen. Hier verbringen Sie Ihre Zeit bis in die späten Abendstunden. Es gibt einen festen Kern, der von Personen ergänzt wird, die einen Teil ihrer Freizeit dort verbringen. Die meisten der aufgezeigten Personen haben eins gemeinsam: „viel Tagesfreizeit“ - egal, ob sie KonsumentInnen illegaler oder legaler Drogen sind oder nicht.

Die diakonie elberfeld und ffs versuchen über ihre StreetworkerInnen auf die Zielgruppe einzuwirken und Kontaktmöglichkeiten herzustellen. Die Zusammenarbeit der Polizei und anderen Einrichtungen ist hier als positiv beeinflussend auf die Szene zu werten. In den letzten Jahren hat sich die Szene bezüglich ihrer Stärke kaum verändert, sie ist zahlenmäßig überschaubar geblieben. Diese Tatsache ist auf eine gute Zusammenarbeit aller beteiligten Einrichtungen und Institutionen zurückzuführen. Die Mitglieder der Steuerungsgruppe sind sich bewusst, dass jegliches Eingreifen an der Platte zu einer Verlagerung der Szene bzw. einzelner Personen in andere Stadtteile, zumindest vorübergehend, oder einer vermehrten Präsenz in öffentlichen Verkehrsmitteln führt.

4.2.2. Auswirkungen auf andere Stadtteile

An vielen öffentlichen Plätzen hat sich ein Treffpunkt für alkoholkonsumierende Personen mit viel Tagesfreizeit gebildet. Zu diesen Plätzen zählen der Döppersberg (Tunnelausgang), der Berliner Platz, der Platz der Republik und einige mehr. Einzelne Plätze bieten auch bei schlechten Wetter die Möglichkeit, Zeit dort zu verbringen ohne nass zu werden. Diese Plätze werden nicht nur von KonsumentInnen legaler und illegaler Drogen besucht sondern auch, gerade in den vergangenen Monaten, von Menschen, die aufgrund ihres Verhalten von Wohnungslosigkeit bedroht sind. Eines haben die Plätze jedoch gemeinsam: Wenn präventive oder repressive Maßnahmen der Polizei, dem KOD oder anderen Institutionen von Nöten sind, gibt es eine wellenförmige Bewegung hin zu anderen Plätzen (erhöhte Frequentierung durch o.a. Personengruppen).

Auch wenn dies nicht zur Zufriedenheit aller BürgerInnen führt, ist sich die Steuerungsgruppe einig, dass die Menschen nicht vertrieben werden können, auch wenn dies den Wunschvorstellungen einiger BürgerInnen entsprechen würde. Das in Wuppertal seit Jahren angewandte Konzept, sowohl Hilfsangebote als auch repressive Maßnahmen einzusetzen, hat sich bewährt. Zudem würden die Folgen einer Verlagerung/Vertreibung an einem speziellen Platz nur zu einer kurzfristigen

⁶ Bericht der Stadt Wuppertal, Psychosoziale Planung und Koordination vom 26.11.2001

⁷ Ebenda

⁸ Aus: Zum Bestand und zur Weiterentwicklung der Sucht- und Drogenhilfeeinrichtungen in Wuppertal, Stadt Wuppertal, 1997

Verbesserung der Situation führen. Allerdings wären die Folgen an den anderen Plätzen deutlich spürbar.

Aus Sicht der Polizei gibt es abgesehen von der „Platte“ am Döppersberg an keiner anderen Stelle eine offene Drogenszene. An anderen Stellen im Stadtgebiet treten sowohl Konsum als auch Handel in deutlich geringerem Umfang auf. Das Verhalten wird in diesen Fällen noch als „gesittet“ bezeichnet, wobei man auch von einem Konsum in Wohnungen ausgehen muss. Um nach Lösungsmöglichkeiten zu suchen, sind die StreetworkerInnen der diakonie elberfeld und die Streetworkerin des ffs in regelmäßigem Kontakt zu den betroffenen Personengruppen und untereinander.

4.2.3. Bereitstellung von Hilfen durch Einrichtungen

Neben den nun folgenden, ausführlich dargestellten Institutionen gibt es noch eine Vielzahl anderer Einrichtungen, die Hilfen bereitstellen, wie beispielsweise das „Projekt Streetlife“ des Stadtbetriebs Jugend und Freizeit, das „Café Okay“ des ffs, die „Wuppertaler Tafel“ oder das Projekt „Brückenschlag“. Nur durch die erfolgreiche Arbeit und Kooperation untereinander und die ausgeprägte Hilfsstruktur innerhalb der Stadt Wuppertal konnten die erreichten Erfolge erzielt werden.

4.2.3.1. Clean-Streets⁹

Das Projekt „Clean-Streets“

- beseitigt durch Konsum legaler und illegaler Suchtmittel verursachte Verunreinigungen im öffentlichen Raum, in Anlagen und auf Kinderspielplätzen; d.h. insbesondere Fixerutensilien, Scherben und Restmüll. Mit der Beseitigung können Gefährdungen für die Besucher öffentlicher Plätze und Anlagen, insbesondere Infektionsgefahren von Hepatitis B/C und HIV reduziert werden
- hat das Ziel der gesellschaftlichen Integration von randständigen Personengruppen
- erhöht des Problembewusstsein mitarbeitender Betroffener bzgl. des mit Glasscherben und liegen gebliebenen Spritzen verbundenen Gefährdungspotentials für Kinder und erwachsene Besucher öffentlicher Anlagen und Spielplätze
- leistet die Einbindung von Teilnehmern in tagesstrukturierende Maßnahmen des soziotherapeutischen Programms der Wuppertaler Einrichtungen des ffs
- bietet die Möglichkeit, in Arbeitsstunden umgewandelte gerichtliche Auflagen abzuleisten
- ist eine niedrighschwellige Möglichkeit der Kontaktaufnahme mit Drogen- und Alkoholkranken
- hält Spritzentausch vor: Hauptamtliche Arbeitsanleiter und ausgewählte Mitarbeiter (Arbeit statt Sozialhilfe, abgekürzt AsS) führen während des Einsatzes vor Ort Spritzentausch durch. Dieses Angebot wird durch Ausgabe von Tupfern, sterilem Wasser und Informationen zum Safer Use ergänzt
- bietet die Möglichkeit der Qualifizierung und Integration in den Arbeitsmarkt für Mitarbeiter (AsS) und für Teilnehmer (Gemeinnützige zusätzliche Tätigkeit, abgekürzt GzT)
- führt kurzfristig notwendige Interventionen auf Anfragen der Steuerungsgruppe der Stadt Wuppertal, der Ordnungsdienste, der Verwaltung, von Bürgern sowie von öffentlichen und privaten Institutionen durch

Mit dem dargestellten Gesamtangebot kommt das Projekt einer hohen öffentlichen Interessenslage nach.

⁹ Der Text zu Punkt 4.2.3.1 ist dem Jahresbericht der Einrichtung entnommen.

Entwicklung des Projektes und Jahresverlauf 2003

Die Einrichtung Clean-Streets basiert auf dem zwischen dem Trägerverein - Freundes- und Förderkreis Suchtkrankenhilfe e.V. (ffs) - und der Stadt Wuppertal abgestimmten Konzept und der kontinuierlichen Weiterentwicklung während des Projektverlaufs.

Im Berichtsjahr 2003 standen 6 Stellen für Teilnehmer mit Führerschein und 3 für Teilnehmer ohne Führerschein zur Verfügung. Für den Verwaltungsbereich sind 2 halbe Stellen für alleinerziehende Mütter oder Väter vorgesehen.

Im Rahmen vorgeschalteter Erprobungsmaßnahmen sind 5 Stellen eingerichtet worden. Das Ziel dieser Maßnahme ist es, Personen eine Unterstützung zu bieten, die Arbeit und Beschäftigung suchen und anstreben, aufgrund ihrer gesundheitlichen Situation jedoch zunächst ihre Arbeitskraft erproben möchten, oder einer Tagesstrukturierung bedürfen. Auf der Basis GzT können Teilnehmer aus diesem Personenkreis 80 Arbeitsstunden pro Monat, bei einer Aufwandsentschädigung von 1,30 € pro Stunde, tätig werden.

Im Einzelfall werden straffällig gewordene Jugendliche und junge Erwachsene aufgenommen. Darüber hinaus werden Personen über die Vermittlungsstelle für gemeinnützige Arbeit in das Projekt vermittelt. Im Durchschnitt sind vier bis fünf Mitarbeiter mit einem Gesamtaufkommen von ca. 3.000 Arbeitsstunden jährlich beschäftigt.

Seit Mitte 2002 werden zwei neue Fahrzeuge und ein älterer VW Bus genutzt. Sie sind einheitlich weiß lackiert und durch die Beschriftung Clean-Streets deutlich für die Bürger erkennbar. Somit ist die eventuell gewünschte direkte Kontaktaufnahme zu unseren MitarbeiterInnen ermöglicht. Um die Kontinuität der Arbeit zu sichern, sind 1,5 Fahrerstellen mit Anleitungs- und Vorarbeiterfunktion für das Projekt eingerichtet.

Im Berichtsjahr 2003 hat der Trägerverein nach inhaltlichen Abwägungen entschieden, dass der Projektleiter 3-mal wöchentlich für ca. 3 bis 4 Stunden - parallel zum Einsatz der Reinigungskolonnen - aufsuchende Arbeit (Streetwork) durchführt. Aufgrund der bisherigen Erfahrungen von Clean-Streets wurden die Plätze aufgesucht, wo der öffentliche Raum als Haupttreffpunkt und Aufenthaltsraum von drogen- / suchtmittelkonsumierenden Bürgern genutzt wird. Hierbei wurden Unterschiede der Personenkreise und Plätze konstatiert; die sogenannte offene Drogenszene hält sich eher in der Nähe des Hauptbahnhofs (Döppersberg) auf, und die Konsumenten legaler Suchtmittel treffen sich meist am Berliner Platz an der City Kirche und in der Innenstadt von Barmen und Elberfeld (Karlsplatz). So konnten durch diese Maßnahme die Grundprinzipien und die Zielsetzung der Arbeit von Clean-Streets in differenzierterem Maße verfolgt werden als bisher.

Eine schwellenlose Kontaktaufnahme mit den KonsumentInnen ermöglicht es, die Angebote im Bereich der Beschäftigung vor Ort sinnvoll zu vermitteln und Betroffenen nahe zu bringen, wodurch eine Möglichkeit zum Ausstieg aus der Sucht ermöglicht ist. Wichtig ist es dabei, dem Einzelnen in seiner aktuellen Situation stets mit hoher Akzeptanz zu begegnen.

In der Regel ist davon auszugehen, dass es sich - von der Kontaktaufnahme bis hin zur Manifestation einer effektiven Betreuungsbeziehung - um einen langwierigen Prozess handelt, wenn eine andauernde Verbesserung der bisherigen Lebensumstände erreicht werden soll. Basierend auf Freiwilligkeit steht hierbei die Anerkennung und Förderung von Eigenverantwortlichkeit der Menschen im Mittelpunkt. Eine Motivation zur Veränderung der Lebenssituation entsteht durch aktive Ansprache, aber die Entscheidung bleibt in der Selbstverantwortung. Dabei darf das Ziel, nämlich die Vermittlung in das bestehende Hilfesystem, nicht ins Hintertreffen geraten.

Die durch das Projekt dokumentierten Erfahrungen haben gezeigt, dass Clean-Streets mit seinen Aufgaben im öffentlichen Raum als sinnvolle Aufgabe anerkannt wird und sich das Problembewusstsein - bezogen auf Suchtmittelkonsum und die damit verbundenen Verunreinigungen - positiv verändert hat. Als schwierig gestaltet es sich jedoch, Menschen im Bereich der Beschäftigung an das Projekt Clean-Streets zuverlässig langfristig anzubinden. Hier konnte man einen Bedarf und das heißt eine Möglichkeit der Anbindung im Rahmen von Tagelohn-Angeboten feststellen. Bestrebungen des ffs zielten im Jahre 1998/99 darauf, Clean-Streets um ein Modul

„Tagelohn“ zu ergänzen und auszubauen. Hierzu liegt der Stadt Wuppertal ein Konzept vor. Leider scheiterten damals die Bemühungen des ffs. So wurde (seit Ende 2002) die Vermittlung in das Projekt Brückenschlag verstärkt betrieben. Jedoch gibt es bislang keine Erhebungen darüber, in welchem Umfang das Angebot genutzt wurde. Es gibt beiderseitige Bestrebungen, die Kooperationsbeziehung zwischen Clean-Streets und dem Projekt Brückenschlag zu intensivieren. Gemeinsame Gespräche haben stattgefunden und werden kontinuierlich weitergeführt, um die Angebote an die Bedürfnisse der Hilfesuchenden anzupassen und ggf. zu verändern. In diesem Zusammenhang sei ebenfalls erwähnt, dass zudem die Zusammenarbeit und der Erfahrungsaustausch zwischen den Streetworkern der Einrichtung Gleis 1, den MitarbeiterInnen der Diakonie und den MitarbeiterInnen von Clean-Streets intensiviert werden konnte.

Kooperation und Vernetzung

Im Jahr 2003 hat Clean-Streets verschiedene öffentlichkeitswirksame Aktionen mit informativem Charakter durchgeführt:

- Im Juni 2003 wurde der steile Böschungsbereich an der Kluse in Zusammenarbeit und Koordination von AWG / ESW, dem Ressort Natur und Freiraum sowie der Berufsfeuerwehr (Höhenrettung) gereinigt; hinzugezogen wurden auch die Medien (Radio Wuppertal, WDR 3 Lokalzeit, Lokalzeitung „Tip“).
- Im Juli 2003 nahm Clean-Streets aktiv am nationalen Drogen-Gedenktag teil, um die Bevölkerung über sein besonderes Aufgabengebiet aufzuklären und aktuelle Informationen weiterzugeben.
- Im Dezember 2003 wurde, in Zusammenarbeit mit der Stadtteil-Initiative „Arrenberg“, dem Stadtteilbeauftragten und einem Autohaus der Gutenbergplatz in Anwesenheit des Bürgermeisters, Herrn Dr. Rudolf Köster, unter dem Motto „Let’s Putz“, mit Eltern und Kindern gereinigt.

Von Behörden, Ordnungsdienst, Schulen, der Steuerungsgruppe, Jugendeinrichtungen, privaten Firmen und zunehmend auch Privatpersonen kamen zusätzliche Hinweise über Fundorte von liegengebliebenen Spritzen und sonstigen Problemfeldern, denen das Projekt zeitnah nachgehen konnte, wobei die Spritzen fachgerecht entsorgt wurden. Insgesamt ist festzustellen, dass sich das Angebot von Clean-Streets auch im Jahr 2003 sehr gut bewährt hat. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind aufgrund des für die Gemeinde wichtigen Auftrages nach wie vor hoch motiviert. Dieser Erfolg basiert auf einer breiten Unterstützung, Vernetzung und Kooperation mit zahlreichen Personen, Organisationen und Behörden. Hierzu gehören insbesondere das Jugendamt, das Ressort Natur und Freiraum - West und Ost, das Sozialamt, die Fachstelle Hilfe zur Arbeit, das Gesundheitsamt, der Betriebsarzt des Trägervereins, die Untere Wasserbehörde, das Ordnungsamt (KOD), die Steuerungsgruppe, alle politischen Parteien, die Wuppertaler Schulen, die Polizei, der Bundesgrenzschutz, die ESW, der Fuhrpark, die Mitarbeiter des ffs aus den Einrichtungen Café Okay, Integra (Betreutes Wohnen) und Gleis 1.

Grenzen und Perspektiven

Die Anzahl der von Clean-Streets angefahrenen Plätze hat sich von 65 Plätzen im Jahr 1997 auf 385 Plätzen im Jahr 2002 erhöht. Aktuell werden, wie in der Kurzübersicht (s.u.) ersichtlich, 224 Plätze angefahren. In Veränderung zum Vorjahr 2002 wurden nochmals zahlreiche Plätze in ihrer Bezeichnung zusammengelegt und/oder auf eine gesonderte Liste mit Einsatzorten gesetzt, die stichprobenartig angefahren werden; diese sind nicht mehr dauernd auffällig, dürfen aber nicht ganz in Vergessenheit geraten und werden regelmäßig überprüft.

Insgesamt wurden 11.464 Einsätze aufgelistet und 4.450 Müllsäcke gefüllt, was einem Müllaufkommen von ca. 66.750 kg entspricht (im Jahr 2002: 9.462 Einsätze = 51 Tonnen Müll). Diese leichte Erhöhung zeigt sich auch in der Bewertung „außergewöhnliche Verschmutzung“; dies bedeutet: Entsorgung von Spritzen, gefährlichen Glasscherben, Sperrmüll oder Hundekot aus Sandkästen, Spiel- und Gehbereichen. Im Jahr 2002 wurde diese Bewertung 339 mal vergeben und im Jahr 2003 musste sie 761 mal vermerkt werden.

Fahrzeug City 91 Plätze	Fahrzeug Ost 80 Plätze	Fahrzeug West 53 Plätze
-------------------------	------------------------	-------------------------

Die Anzahl der gefundenen und entsorgten Spritzen im Vergleich zu 2002 (9.208) ist auf 9.815 im Jahr 2003 geringfügig gestiegen. 9.815 Spritzen: 246 Arbeitstage = 39 gefundene Spritzen pro Tag.

Nach wie vor auffallend ist hierbei, dass im Sammelgebiet City durchschnittlich 1,54 Spritzen je Einsatzort gegenüber 0,45 Spritzen pro Einsatz im Sammelgebiet Ost stehen.

Demgegenüber gibt es einen deutlichen Unterschied beim Müllaufkommen. In einem Satz ausgedrückt könnte man sagen: Von Wuppertal Ost nach Wuppertal West wird es sauberer – aber auch gefährlicher, wenn es um Spritzen und Nadeln geht.

Fahrzeug	Einsätze	Spritzen	Nadeln	getauscht	Müllsäcke
City	5.446	5.155	3.839	30	1.082
Ost	4.372	406	230	253	2.365
West	1.610	147	38	keine	1.003
Gesamt	11.428	5.708	4.107	283	4.450

Bei allen sichtbaren Erfolgen hat jedoch auch das Projekt Clean-Streets seine Grenzen, insbesondere wenn es darum geht, für die MitarbeiterInnen nach Beendigung der Maßnahme eine Stelle auf dem „ersten Arbeitsmarkt“ zu finden. Trotz Qualifizierung und Bewerbungstraining ist es seit 1999 nur einem Mitarbeiter gelungen, aufgrund seiner Bemühungen und der Unterstützung von Seiten des Projekts, eine Festanstellung zu erreichen. Ein weiterer Mitarbeiter hat den Schritt in die „Selbständigkeit“ gewagt. Andere Mitarbeiter konnten nicht vermittelt werden. Dies begründet sich teilweise in den gravierenden gesundheitlichen Einschränkungen der Mitarbeiter. Einige Mitarbeiter haben sich breitfächerig auch in andere Jobbereiche beworben, z.B. als Gärtnergehilfe, Pförtner, Hilfsarbeiter, Fahrer, Sicherheitsdienst, Behindertenfahrdienst usw. Die Anzahl der schriftlichen wie telefonischen Bewerbungen lagen bei ca. jeweils 10 - 35 Versuchen pro Person. Sofern die Bewerbungen überhaupt beantwortet wurden, erfolgten Absagen vorrangig aufgrund des Alters oder vorliegender Vorstrafen. Im Einzelfall nutzen ehemalige MitarbeiterInnen unsere sachliche wie personelle Ausstattung und werden damit faktisch weiter durch uns betreut. Aufgrund des während ihrer Verweildauer im Projekt gewachsenen Vertrauensverhältnisses erfahren sie hier durch motivierende Gespräche immer wieder Stabilisierung.

Weiterhin problematisch ist es, das Arbeitsvolumen kontinuierlich in vollem Umfang zu bewältigen, da frei gewordene Stellen nicht immer nahtlos besetzt werden können. Die realistische Perspektive für Clean-Streets liegt vorrangig darin, das Projekt mit dem aktuellen Aufgabengebiet und den bestehenden Personalressourcen zu erhalten. Wobei die Idee der täglichen Spielplatzreinigung mit betreuendem Charakter in Brennpunkten wie z.B. Ölberg, Loher Strasse, Rosenau noch nicht in vollem Umfang realisiert werden konnte. Notwendig für die mobile Reinigung wäre ein Wagen, wie die ESW ihn nutzt. Leider ist die Finanzierung solch eines Wagens noch ungeklärt.

Derzeit wird die Möglichkeit geprüft, inwiefern fußläufig erreichbare Spielplätze auch ohne Anleitung vor Ort zu reinigen sind. Voraussetzung für die Umsetzung ist hier zuverlässiges Personal. Aufgrund positiver Erfahrung ist hierbei die Zielgruppe älterer Menschen (über 50 Jahre) anvisiert.

Statistische Übersicht

Jahr	angefangen	bis	Spritzen gefunden	davon getauscht	% getauscht	Bemerkungen
1997	22.07	31.12.	3.370	0		93 Arbeitstage, Tagesschnitt = 36,24
1998	01.01.	31.12.	8.320	468	5,63%	232 Arbeitstage Tagesschnitt = 35,86 (erstm. Spritzentausch 19.8.98)
1999	01.01.	31.12.	17.678	6.105	34,53%	247 Arbeitstage Tagesschnitt = 71,57
2000	01.01.	31.12.	9.329	626	6,71%	249 Arbeitstage Tagesschnitt= 37,47
2001	01.01.	31.12.	9.216	97	1,05%	247 Arbeitstage Tagesschnitt= 37,31
2002	01.01.	31.12.	8.965	233	2,59%	249 Arbeitstage Tagesschnitt= 36,0
2003	01.01.	31.12.	9.502	274	2,48%	246 Arbeitstage Tagesschnitt= 38,6
lfd. total			66.380	7.803	11,76%	1.563 Arbeitstage Tagesschnitt = 42,47

4.2.3.2. Zentrale Beratungsstelle für alleinstehende Wohnungslose (ZBS) ¹⁰

Einleitend wird der Bezug der Arbeit der ZBS zum Bereich der KonsumentInnen illegaler Drogen dargestellt, anschließend wird über den Jahresbericht des Bereichs Streetwork der originären Arbeitsauftrag dieses zugehenden Hilfsangebotes erklärt.

Zum Klientel aller Arbeitsbereiche der ZBS (Beratungsstelle, Betreutes Wohnen, Streetwork und Cafe) gehören auch Menschen, die illegale Drogen konsumieren. Durch dies Hilfeangebote können auch bei dem genannten Personenkreis Verelendungstendenzen und das damit verbundene destruktives Verhalten in der Öffentlichkeit abgeschwächt oder vermieden werden.

Die ZBS und das Hopster-Fiala-Haus sind die einzigen Stellen in Wuppertal, die eine Postadresse an Wohnungslose (wozu häufig DrogenbenutzerInnen gehören) vergeben und somit ermöglichen, dass Sozial- oder Arbeitslosenhilfe gezahlt werden kann.

Selbstverständlich vermittelt diese Einrichtung auch DrogenbenutzerInnen in Wohnraum oder entsprechende Alternativen, wenn das Verhalten der Betroffenen es zulässt. Auch alle weiteren Angebote (Beschaffung von Papieren, Hilfe beim Ausfüllen von Anträgen etc, sofern nicht originäre Angebote der Drogenhilfe tangiert werden) stehen dem Personenkreis offen.

Regelmäßig werden substituierte DrogengebraucherInnen in das Angebot des "Betreuten Wohnens" aufgenommen. Um mit diesen Menschen hier sinnvoll arbeiten zu können, ist es allerdings wichtig, dass die Suchterkrankung nicht (mehr) im Vordergrund steht. Daher wird hier Wert auf die Substitution gelegt.

¹⁰ Der Text zu Punkt 4.2.3.2 wurde im Wesentlichen vom Leiter der Beratungsstelle erstellt.

Die StreetworkerInnen haben regelmäßig Kontakt auch mit DrogenbenutzerInnen, obwohl diese nicht zu ihrem eigentlichen Klientel gehören. Spontane Kriseninterventionen, wenn die Situation dies erfordert und Vermittlung an die Drogenhilfe sind obligatorisch.

Aus oben genannten Gründen existiert eine gute Vernetzung mit der Drogenhilfe, insbesondere mit Gleis 1. Obwohl die Drogenhilfe und die Wohnungslosenhilfe eigenständige Hilfesysteme sind, ergänzen sie sich im Sinne der Hilfen für die Betroffenen.

Aufgrund dieser Tatsachen wird deutlich, dass die Zentrale Beratungsstelle direkt oder indirekt konstruktiv Einfluss auf die Hilfebedürftigkeit drogengebrauchender Menschen und damit auf die Drogenszene nimmt.

Einleitung

Der Arbeitsbereich Streetwork ist ein Teilbereich der Zentralen Beratungsstelle für Wohnungslose (ZBS) in Trägerschaft der Diakonie Elberfeld. Mit den KollegInnen der Männerberatung, Frauenberatung (die eine eigenständige Abteilung ist) und Betreuung in eigenen Wohnraum sind wir für die ambulante Arbeit mit wohnungslosen Menschen in Wuppertal zuständig. Unsere Zielgruppe sind Menschen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten gemäß § 72 BSHG.

Unser Hauptaufgabengebiet liegt in der aufsuchenden Sozialarbeit, der niedrigsten Schwelle im Hilfesystem für Wohnungslose. Wir bieten aber auch drei mal wöchentlich an verschiedenen Standorten feste Sprechstunden an. Zudem begleiten wir KlientInnen bei Behördengängen, der Wohnungssuche, beim Arztbesuch o.ä..

Streetwork ist im Hilfesystem für Wohnungslose in Wuppertal ein fester Bestandteil.

Sowohl für die KlientInnen, als auch für andere Anbieter sozialer Leistungen, sind wir bekannte und akzeptierte AnsprechpartnerInnen.

Das tägliche Aufsuchen der verschiedenen Plätze orientiert sich an den Bedürfnissen der KlientInnen. Selbstverständlich werden, da wo es notwendig erscheint, weiterführende Interventionen von der Straße aus getätigt. Bei Notfällen rufen wir vor Ort über unsere Diensthandys Hilfe oder nehmen den Betroffenen direkt mit.

Insgesamt werden alle Stadtteile mindestens einmal wöchentlich besucht. Die Häufigkeit richtet sich danach, wie die unterschiedlichen Orte von den Hilfebedürftigen frequentiert werden und wie akut die Problemlagen der KlientInnen sind.

Im Jahr 2003 haben sich Veränderungen in verschiedenen Stadtteilen ergeben, die im einzelnen aus der Statistik ersichtlich sind. Neben wohnungslosen Menschen treffen wir häufig Personen an, bei denen der Erhalt des Wohnraumes im Vordergrund steht.

Wir machen häufig die Erfahrung, dass die Vorstellungen von unserer Tätigkeit, sowohl von BerufskollegInnen als auch von Wuppertaler BürgerInnen, der Realität oft nicht entsprechen. Im vergangenen Jahr haben wir daher, um unsere Arbeit transparenter zu machen und um eine größere Akzeptanz für unsere KlientInnen zu schaffen, unsere Öffentlichkeitsarbeit verstärkt.

Streetwork

Unser Streetworkteam besteht aus vier SozialarbeiterInnen, die zum Teil auf Teilzeitstellen arbeiten. Das Team ist mit zwei Frauen und zwei Männern paritätisch besetzt.

Streetwork wurde in den Stadtteilen Elberfeld, Barmen, Oberbarmen, Wichlinghausen und Vohwinkel regelmäßig durchgeführt. Weitere Streetwerkeinsätze gab es darüber hinaus auch in anderen Stadtteilen, die abseits unserer üblichen Routen liegen. Anlass für solche Einsätze sind häufig Anrufe von besorgten Anwohnern, die uns entweder direkt oder auch über städtische Stellen erreichen, dass sich hilfsbedürftige Personen an bestimmten Stellen aufhalten. Solchen Angaben gehen wir umgehend nach, stellen jedoch häufig fest, dass es sich bei den Personen um uns bereits

bekannte Menschen handelt, die entweder mit Wohnraum versorgt sind oder aus den unterschiedlichsten Gründen noch in ihrer Situation verharren.

Dennoch sind diese Hinweise wichtig und Ausdruck unserer Zusammenarbeit mit den Wuppertaler Bürgerinnen und Bürgern.

Wir starten unsere Einsätze in der Regel zu zweit und zu unterschiedlichen Tageszeiten. Wir sind einmal wöchentlich in den frühen Abendstunden unterwegs und führen einmal im Monat eine Nachtstreetwork durch.

Orte, die von unserem Klientel erfahrungsgemäß häufig frequentiert werden, sind obligatorischer Bestandteil unserer festen Runden. Dies sind einerseits die informellen Treffs auf öffentlichen Plätzen, beheizte Räume aus denen sie nicht vertrieben werden (z.B. ein Waschsalon in Elberfeld) und die Anlaufstellen von Tafelwagen und Medimobil, aber auch die offiziellen Aufenthaltsangebote "Café Oberstübchen", Citytreff, Notübernachtung und "die Tafel".

Die öffentlichen Plätze sind sowohl preiswerte Alternative zur Stammkneipe, als auch Verlagerung des Wohnzimmers, wo die Kontakte zu FreundInnen und Bekannten gepflegt werden. Wenn wir an diesen Orten als AnsprechpartnerInnen akzeptiert sind, können wir Hilfeprozesse beginnen, die häufig in unseren Büros fortgesetzt werden.

Auch in diesem Jahr erschlossen wir, insbesondere durch Hinweise der KlientInnen, neue Treffpunkte und stellten Kontakt zu neuen Gruppen und Einzelpersonen her. Besonders in Oberbarmen wurde unsere Hilfe vermehrt auch von NutzerInnen illegaler Drogen angefragt, zu denen in den Vorjahren weniger Kontakt hergestellt werden konnte. Ein großer Teil dieser Gruppe ist von Problemen rund um das Thema Wohnsituation betroffen. Anders als bei unserem originären Klientel, die zum großen Teil Alkohol konsumieren, steht bei dieser Gruppe die Suchterkrankung mit den sich daraus ergebenden Problemen wie Beschaffungskriminalität, Substitution etc. im Vordergrund. Eine Zusammenarbeit mit bzw. Vermittlung an hierauf spezialisierte Fachberatungsstellen wie Gleis 1 ist daher angezeigt.

Methode der Datenerhebung

Nach wie vor wurde nach jedem Streetwerkeinsatz ein detailliertes Protokoll verfasst. Obligatorisch sind die Informationen: Datum, Ort, Tageszeit, Wetter, MitarbeiterInnen und Stadtteil. Zudem dokumentierten wir die angetroffenen Personen und die Gesprächsinhalte. Weitere Protokollinhalte waren die vollzogenen oder verabredeten Interventionen und unsere persönlichen Einschätzungen und Eindrücke. Dies ermöglicht eine relativ genaue Angabe der erreichten Personen und der Kontakte insgesamt.

Alle relevanten Fakten und Interventionen, die einzelnen Klienten betreffend, finden sich daher in den Beratungsdaten wieder.

Im Rahmen des "Arbeitskreises Streetwork NRW" diskutierten wir mit KollegInnen aus anderen Städten über die unterschiedlichen Dokumentationsmöglichkeiten und entwickelten gemeinsam eine einheitliche computergestützte Verfahrensweise, die im Jahr 2004 erprobt werden soll.

Daten

Zum Stichtag 31.12.2003 wurden anhand der Auswertung der Streetworkprotokolle folgende Daten erhoben:

5. Anzahl der Personen

	Männer	Frauen	Gesamtpersonenzahl
Elberfeld	127	32	159
Barmen	59	18	77
Oberbarmen	72	21	93
Vohwinkel	27	3	30
Wichlinghausen	26	5	31
Summe	311	79	390

Summe der Kontakte

Elberfeld:	807
Barmen:	562
Oberbarmen:	426
Vohwinkel	65
Wichlinghausen	65
Gesamtzahl der Kontakte	1925

Auswertung

Wie im Vorjahr ist auch in 2003 die Anzahl der von uns angetroffenen Personen angestiegen. Der Zuwachs beträgt ca. 30% (390:302). Diese Steigerung spiegelt sich auch in der Gesamtzahl der Kontakte wieder (1925:1367), d.h. 41% mehr. In Elberfeld stieg die Klientenzahl um 44% (159:103), in Wichlinghausen um ca. 107% (31:15) und in Oberbarmen um ca. 48% (93:63). Die Zahlen in Barmen sanken um ca. 6% (77:82) und in Vohwinkel um 23% (30:39).

Die Steigerung in Oberbarmen ist u.a. darauf zurückzuführen, dass neben dem Berliner Platz die Parkanlage Widukind-/Waldeckstraße als neuer informeller Treffpunkt großen Zulauf gefunden hat. Entgegen unseren Erfahrungen in den anderen Stadtteilen zeigt sich am Berliner Platz weiterhin eine heterogene Szene, deren einzelne Gruppen sich in räumlicher Nähe zueinander aufhalten. Im Gegensatz zu 2002 ist seit Spätherbst eine Vermischung der KonsumentInnen illegaler Drogen und AlkoholtrinkerInnen zu beobachten. Der Pavillon wird als Standplatz beider Gruppen genutzt und der Treppenplatz findet geringeren Zulauf. Weiterhin treffen sich dort Gruppen von Jugendlichen. Auffällige rechtsradikale Jugendliche oder Kinderprostitution wurden von uns nicht wahrgenommen. In Barmen hat der Rathausvorplatz nach Abbau von Sitzgelegenheiten an Bedeutung verloren. Einige der dort noch 2002 angetroffenen Personen konnten mit unserer Hilfe mit Wohnraum versorgt werden und sich somit häufiger ins "Private" zurückziehen. Als weitere Anlaufpunkte in Barmen entwickelten sich der neu gestaltete Platz am Alten Markt und für HundebesitzerInnen das Wupperufer hinter dem Finanzamt.

In Vohwinkel ist der Stationsgarten durch Umbauarbeiten nicht nutzbar gewesen. Der als Alternative genutzte Lienhardplatz hatte nicht die Attraktivität, zumal er auch zweimal wöchentlich als Marktplatz genutzt wird.

In Wichlinghausen hat die Zahl der Kontakte zugenommen, nicht zuletzt deshalb, weil unser Team durchgehend voll besetzt war und wir auch diesen etwas abgelegeneren Stadtteil regelmäßig

aufsuchten. Hier befinden wir uns überwiegend noch in der Phase der Vertrauensbildung, konnten aber einzelne KlientInnen bereits weiterführend beraten

In Elberfeld ist uns keine besondere Situationsveränderung aufgefallen, das Anwachsen der Zahlen ist hier sicherlich auch, wie an den meisten anderen Plätzen, auf das "schöne" Wetter des Jahres zurückzuführen.

Beratung

Regelmäßige Sprechstunden bieten wir in Elberfeld und Barmen an:

Montag

11.00 Uhr bis 13.30 Uhr im Citytreff in Barmen.

Dienstag

8.30 Uhr bis 11.00 Uhr in der Zentrale Beratungsstelle (ZBS) für Wohnungslose in Elberfeld.

Mittwoch

7.30 Uhr bis 9.30 Uhr in der städt. Notübernachtungsstelle in Elberfeld.

Das Beratungsangebot im Citytreff und in der Markomannenstraße wird sehr gut angenommen, während die Beratung in der ZBS in diesem Jahr überwiegend nach vorheriger Terminabsprache stattfand und weniger "Laufkundschaft" erreichte. Dies dürfte vor allem mit den täglichen regulären Beratungsangeboten der ZBS zusammenhängen.

Viele Beratungsgespräche fanden auch außerhalb unserer Sprechzeiten nach Vereinbarung statt. Darüber hinaus begleiteten wir bei Bedarf zu Behörden, Vermietern etc. und führten Hausbesuche durch.

Methode der Datenerhebung

Nach oder während eines Beratungsgesprächs geben wir, die schriftliche Einwilligung unsere KlientInnen vorausgesetzt, die Daten in eine Dokumentationssoftware ein, die ggf. durch Handakten ergänzt wird.

Da die in dieser Form erhobenen Daten in der Zentralen Beratungsstelle bzw. in unserem Büro in Barmen vorliegen, fließen sie in die Statistik der Männerberatung ein, auf die wir an dieser Stelle verweisen möchten.

Soziale und medizinische Sprechstunde in der städt. Notübernachtung Markomannenstraße

Seit dem Jahr 2002 bieten die StreetworkerInnen der Diakonie Elberfeld in Kooperation mit dem stellvertretenden Leiter des Gesundheitsamtes der Stadt Wuppertal, Herrn Dr. Neveling, eine medizinische und soziale Beratung in der Notübernachtungsstelle an.

Dieses Angebot wurde im Jahr 2003 neunundvierzigmal, Mittwochs zwischen 7.30 und 9.30 Uhr, durchgeführt. Begleitet wird dieses Hilfeangebot durch die Möglichkeit ein kostenloses Frühstück einzunehmen. Die Lebensmittel hierzu werden vor Beginn der Sprechstunde von uns bei der "Tafel" abgeholt, die Finanzierung des Kaffees jedoch über unsere Handgeldkasse abgedeckt.

Für die medizinischen Belange ist allein Dr. Neveling zuständig, der ohne Vertretung arbeitet, d.h. in Urlaubs- oder Krankheitsfällen nicht vor Ort sein kann. Die medizinischen Leistungen werden kostenlos und völlig unbürokratisch erbracht. Da eine Versicherungskarte nicht gefordert wird, ist, sofern gewünscht, sowohl Anonymität als auch Niedrigschwelligkeit gewährleistet.

Die medizinischen Leistungen reichen von Wunderstversorgungen und -kontrollen und Ungezieferbekämpfung über Schutzimpfungen bis hin zu Krankenhauseinweisungen. Viele der KlientInnen nutzen diese kostenlose Sprechstunde. Andere wiederum, bei denen wir Erkrankungen

wie z.B. Parasitenbefall oder offene Wunden erkennen, sind trotz der Niedrigschwelligkeit mitunter nicht zur Behandlung zu bewegen.

Die Zahl der KlientInnen, die 2003 dieses Angebot nutzten, hat kontinuierlich zugenommen. 75 verschiedene Personen, zwei davon waren Frauen, suchten "die Sprechstunde" insgesamt 346 mal auf. Abgesehen von den sechs "Dauerbesuchern", die zur Zeit nicht Übernächter in der Markomannenstraße sind, nutzten die meisten Klienten dieses Angebot während ihres Aufenthalts in der Notschlafstelle.

Die sozialarbeiterischen Beratungsinhalte sind im wesentlichen mit denen in der ZBS und im Citytreff vergleichbar. Auch in der Notübernachtung stellten wir Posterreichbarkeiten aus, vereinbarten Termine bei Vermietern oder beim Bauförderungsamt und regelten Voraussetzungen für den Bezug von Tagessätzen oder Arbeitslosenhilfe.

Diese Interventionen werden nach der Beratung in unsere Erfassungssoftware in der ZBS eingegeben, so dass sich auch diese Zahlen in der Statistik der Beratungsstelle wiederfinden. Voraussetzung für ein Gelingen der medizinischen und sozialen "Sprechstunde" ist unser regelmäßige Kontakt zu den Verwaltern der Notübernachtung, die im Nachtdienst tätig sind. Dies ermöglicht, bei bedenklichen psychischen oder physischen Entwicklungen der Übernächter, zeitnah zu intervenieren.

Ein Teil der Übernächter zeigt sich nicht auf den öffentlichen Plätzen, so dass bei ihnen die Übernachtungsstelle die einzige Möglichkeit darstellt, Kontakt zu halten und Hilfen anzubieten. Als Unterschied zu der Situation in den anderen Beratungsbüros ist sicherlich die Komplexität der Problemlagen der Menschen, die sich über einen mitunter langen Zeitraum in der Notübernachtung aufhalten, zu nennen. Dies ist ein Grund für die zeitweiligen Aggressionen und Provokationen der Übernächter untereinander. Weiteres Konfliktpotential ergibt sich aus der hohen Anzahl von psychisch auffälligen Personen und der sich aus den räumlichen Verhältnissen ergebenden unzureichenden Möglichkeit zu einem ungestörten Nachtschlaf.

Nicht selten müssen wir massiv einschreiten um zu verhindern, dass Konflikte eskalieren. Daher führen wir diese Sprechstunde in der Regel mit zwei StreetworkerInnen durch.

Öffentlichkeitsarbeit

Wie in der Einleitung erwähnt, haben wir im vergangenen Jahr verstärkt Öffentlichkeitsarbeit geleistet. Als herausragendes Ereignis ist die Veranstaltung "Soziale Arbeit auf Wuppertals Straßen" im Mai 2003 in der Kirche in der City in Elberfeld zu nennen. Sie bot uns Gelegenheit, unsere Tätigkeit vor einem breiteren Publikum darzustellen. Initiiert wurde die Veranstaltung von den Abteilungsleitungen der Zentralen Beratungsstelle und des Bodelschwinghhauses der Diakonie Elberfeld und Mitarbeitern der Stadt Wuppertal. In Zusammenarbeit mit der Drogenhilfeeinrichtung Gleis 1, dem neben uns einzigen anderen Anbieter professioneller Streetwork in Wuppertal, entstand eine Tagesveranstaltung für Fachpublikum, die in drei Themenschwerpunkte gegliedert war. Der erste Teil bestand aus einer allgemeinen Information über die Geschichte, Ziele und Arbeitsmethoden der Straßensozialarbeit.

Im zweiten Teil informierte der Streetworker von Gleis 1 über seine Tätigkeit mit dem Schwerpunkt "NutzerInnen illegaler Drogen". Schließlich berichteten wir über unsere Erfahrungen und Arbeitsweisen in der Wohnungslosenszene. Um auch einen visuellen Eindruck von dem Leben auf der Straße zu vermitteln, stellten wir Fotos von Situationen aus unserem Arbeitsalltag bei Streetworkereinsätzen aus.

Im dritten Teil beleuchteten VertreterInnen von Stadt, Ordnungsamt und Hilfeeinrichtungen in einer Podiumsdiskussion mit dem Titel "Streetwork, Ordnungspolitik und leere Kassen - Niedrigschwellige Arbeit im Spannungsfeld widerstreitender Interessen" diese Thematik unter übergeordneten Aspekten, wie der Finanzierung und ordnungsrechtlicher Grundlagen. Die rege Beteiligung des Publikums und die positive Resonanz zeigte uns, dass wir unser Ziel, einen Einblick in die Lebenswelt unseres

Klientels zu schaffen, die Möglichkeiten aber auch die Grenzen unserer Arbeit aufzuzeigen, erreicht hatten.

Hervorzuheben ist die gute und kontinuierliche Zusammenarbeit mit dem Amt für Wohnhilfen. Aufgrund dessen konnten verschiedene KlientInnen in Wohnraum oder städtischen Unterkünften untergebracht werden.

Andere Formen von Öffentlichkeitsarbeit bestanden z.B. darin, dass wir immer wieder von Konfirmandengruppen oder Klassen angefragt wurden, ob wir unsere Arbeit vorstellen könnten. Hierdurch erreichen wir einen wichtigen Adressaten, die Jugendlichen, bei denen es uns wichtig ist, Verständnis für unsere KlientInnen zu wecken. Zudem möchten wir den Jugendlichen Verhaltensmuster an die Hand geben, wie in (auch eigenen) Notsituationen zu verfahren ist und wo Hilfe gefunden werden kann.

Auswertung und Resümee

Auch in diesem Jahr fließen unsere Beratungszahlen, sowohl für die BeratungsklientInnen in Barmen als auch in Elberfeld, in die allgemeine Statistik der ZBS ein und werden dort bewertet. Wir möchten daher an dieser Stelle auf einige grundsätzliche Beobachtungen eingehen.

Viele KlientInnen, die im Allgemeinen die Hilfeangebote in Wuppertal kennen, scheinen sie erst nutzen zu können wenn sie eine genaue Vorstellung davon haben, wer sie hinter der Bürotür erwartet. Dieses ermöglichen wir ihnen durch unsere Besuche auf der Straße. Kommen die KlientInnen dann in unsere Büros und schildern ihr Anliegen, so erfolgt eine gemeinsame Entscheidung über die Fallverantwortlichkeit.

In regelmäßigen Fallbesprechungen informieren wir uns gegenseitig über die einzelnen KlientInnen, so dass ggf. die Vertretung übernommen werden kann.

Problemfelder, denen wir in unseren Beratungsgesprächen häufig begegnen sind:

- Fehlende Sicherung der finanziellen Existenz (Sozialamt, Arbeitsamt, Rententräger).
- Überschuldung bei privaten oder öffentlichen Schuldner. Ein besonderes Problem für die Anmietung von Wohnraum stellt hier die Verschuldung bei den Stadtwerken und die daraus resultierende Sperrung der Stromversorgung dar.
- Unterstützung in Angelegenheiten der Gerichtsbarkeit.
- Gesundheitsfürsorge und psychiatrische Versorgung.
- Vermittlung bei Konflikten mit Vermietern, Mitbewohnern o.ä. zum Wohnraumerhalt.
- Kontoführung
- Haftvermeidung
- Sucht

Zum letzten Punkt ist zu bemerken, dass entgegen unserer Einschätzung ein Großteil unserer KlientInnen ihren zum Teil starken Alkoholkonsum nicht als problemverursachend wahrnehmen. Dies erschwert lösungsorientierte Gespräche mit den KlientInnen, da wir nur selten die Bereitschaft zur Auseinandersetzung mit dem eigenen Suchtverhalten wecken können .

Nach wie vor gibt es eine Gruppe von KlientInnen, die sich nicht an KollegInnen außerhalb des Streetworkteams weiterleiten lassen. Aufgrund ihrer Persönlichkeitsstruktur und ihrer Lebensweise gelingt es ihnen immer nur in kurzen Phasen unsere Hilfeangebote anzunehmen. Kontinuierliche Hilfeprozesse gestalten sich mit dieser KlientInnengruppe schwieriger. Defizitäre Problembewältigungsstrategien und mangelnde Erfolge bei Lösungsversuchen entmutigen die KlientInnen sehr häufig. So ist eine erneute Kontaktaufnahme, mittels der aufsuchenden Sozialarbeit, immer wieder nötig, um zu motivieren und die Ressourcen dieser Menschen zu aktivieren. Die Termineinhaltungen mit Dritten (z.B. Ämter, Vermieter etc.) ist dabei äußerst schwierig. Nicht selten werden die KlientInnen von uns an ihren Schlaf- bzw. Aufenthaltsplätzen abgeholt. Die hier benannte Gruppe umfasst etwa 35 Personen, die zum Teil ohne Wohnraum sind. Die damit einhergehenden

Problemlagen, wie z.B. fehlende finanzielle Existenzsicherung, Verelendung und medizinische Unterversorgung stellen uns immer wieder vor nur schwer lösbaren Situationen.

Erfreulicherweise fand wiederum eine erhebliche Anzahl von "alten Bekannten", die uns von unverbindlichen Gesprächen auf der Straße bekannt waren, den Weg in die Beratung. Einige KlientInnen hielten einen zum Teil jahrelang bestehenden Beratungskontakt auch weiter aufrecht. Einzelne KlientInnen erwiesen sich als äußerst schwer vermittelbar, so dass sich die Wohnraumsuche ausgesprochen schwierig und zeitaufwendig gestaltete. Dies konnte konkret drei und mehr Termine wöchentlich, Begleitung zu Wohnungsbesichtigungen, Treffen mit potentiellen Vermietern etc. mit entsprechender Nacharbeit über einen Zeitraum von sechs Wochen bedeuten. Bei später auftretenden Problemen, sei es wegen Lärmbelästigung im Haus, dem sogenannten mietwidrigen Verhalten oder bei Einstellung der Mietzahlungen durch das Sozialamt, fungieren wir als AnsprechpartnerInnen für die Vermieter.

Ein Problem hierbei ist, dass wir ungern KlientInnen mit einer ungünstigen Prognose bezüglich ihrer Wohnfähigkeit bei regulären Vermietern oder Hausverwaltungen unterbringen. Ein Klient, der als Mieter nachhaltig Probleme bereitet, kann eine jahrelange gute Zusammenarbeit mit Vermietern im ungünstigsten Fall beenden.

Wenn wir einen Bedarf an intensiver Einzelbetreuung über den Abschluss des Mietvertrages und der Sicherung des Unterhalts hinaus wahrnehmen, motivieren wir diese Leute, das Angebot des Betreuten Wohnens der Kolleginnen der ZBS wahrzunehmen. Auch nach erfolgreicher Vermittlung fungieren wir oftmals noch als AnsprechpartnerInnen. Nach Beendigung der Betreuung übernehmen wir häufig die Nachsorge.

Einige unserer KlientInnen sind, sowohl nach unserer als auch nach ihrer eigenen Einschätzung, nicht ohne Vorbereitung in der Lage eine Wohnung zu beziehen und zu halten. Diese vermitteln wir, gemäß dem Hilfebedarf, in stationäre Einrichtungen nach §72 BSHG oder Übergangswohnheime nach §39 BSHG.

Ausblick

Nach der Einarbeitung eines neuen Kollegen, im Dezember 2002, können wir kontinuierlich auf dem bisher erreichten aufbauen. Unser Bekanntheitsgrad und die Akzeptanz bei den verschiedenen Gruppen erleichtert uns die Kontaktaufnahme zu einzelnen, unbekanntem KlientInnen. So erleben wir es häufig "empfohlen" zu werden und die eher heikle Aufgabe, uns in eine gänzlich neue Gruppe einführen zu müssen, kommt nur noch selten vor.

Wir werden auch weiterhin, da wo es angezeigt ist, KlientInnen in das Angebot "Betreuung im eigenen Wohnraum" und in stationäre Einrichtungen vermitteln. Da wir in der Regel auch bezüglich unserer Nachfolgeangebote den Kontakt mit den KlientInnen halten, übernehmen wir im Anschluss häufig die Nachsorge.

Die über einen langen Zeitraum erschlossenen Ressourcen und aufgebauten Lebensumstände der KlientInnen könnten ohne entsprechende professionelle Nachbegleitung innerhalb kurzer Zeit wieder zerstört werden. Es ist daher notwendig, dass wir diesen Aspekt unserer Arbeit beibehalten.

Weiterhin gibt es auch jene KlientInnen, bei denen perspektivisch keine Veränderung der Lebensumstände zu realisieren sind. Bei diesem Personenkreis werden wir unsere Anstrengungen auch in Zukunft darauf konzentrieren, eine weitere Verschlimmerung der Lebensumstände zu verhindern.

Nach wie vor gibt es in der Notübernachtung weder die Möglichkeit, Privatsachen aufzubewahren noch sich (zum Beispiel im Krankheitsfall) tagsüber dort aufzuhalten. Insbesondere für Personen, die über einen längeren Zeitraum dort schlafen, stellt dies eine große Belastung dar.

Wir erwarten einen stärkeren Zulauf zur medizinischen Sprechstunde aufgrund der Einführung der Praxisgebühr.

In diesem Jahr hat uns das Thema "psychisch auffällige Wohnungslose"

vermehrt beschäftigt. Da wir diese Gruppe immer häufiger antreffen und adäquate Hilfs- und Unterbringungsmöglichkeiten in Wuppertal und Umland fehlen, stehen wir diesen Menschen oftmals hilflos gegenüber. Wir suchten in Fortbildungen und Fachgesprächen mit KollegInnen in und außerhalb Wuppertals gemeinsam nach Lösungen, konnten aber bisher nicht zu zufriedenstellenden Ergebnissen kommen. Zur Zeit arbeiten wir mit KollegInnen der Fachgruppe "Hilfen bei Obdachlosigkeit" in einer Untergruppe an diesem Thema. Doch auch darüber hinaus wird uns dieser schlimme Sachverhalt nicht nur erhalten bleiben, sondern noch zunehmen. Ein weiterer Themenkomplex, der uns in Gesprächen mit KollegInnen und KlientInnen beschäftigt hat, sind die zu erwartenden Änderungen in der Sozialgesetzgebung und das sich verändernde Klima, dem vor allem unsere KlientInnen ausgesetzt sind. Wir konnten in diesem Jahr bereits feststellen, dass unsere Zielgruppe zunehmend Schwierigkeiten hatte, Sozialleistungen zu erhalten. Es ist häufiger zu bemerken, dass unsere KlientInnen aus dem Bezug von Arbeitslosenhilfe herausfallen, da sie nach Untersuchungen beim Amtsarzt des Arbeitsamtes als nicht mehr vermittlungsfähig gelten. Unsere Erfahrung ist, dass der Erhalt von Tagessätzen für Personen, die sich einige Zeit nicht in Wuppertal aufgehalten haben oder aus anderen Städten übersiedelt sind, durch bürokratische Hürden erschwert wurde. Auch schien uns die Zahl der von Kürzungen der Sozialhilfe betroffenen Personen gestiegen zu sein. Die gesetzlich vorgesehene Mitwirkungspflicht für den Bezug von Sozial- oder Arbeitslosenhilfe ist von der Gruppe, die der §72 BSHG umfasst, in vielen Fällen nicht zu leisten und die bürokratischen Voraussetzungen sind für die KlientInnen häufig nicht zu durchschauen. Trotzdem hat die Verständigung, Vernetzung und Kooperation aller am Hilfesystem für Wohnungslose beteiligten Stellen weiterhin einen großen Stellenwert in unserer Tätigkeit. Ohne die Unterstützung der Kolleginnen und Kollegen von Stadt, Diakonie Elberfeld und weiteren Wohlfahrtsverbänden wäre unsere Arbeit nicht möglich gewesen. Mit unserem Dank verbinden wir den Wunsch und die Hoffnung auf eine weiterhin erfolgreiche gemeinsame Arbeit.

5.1. Jugendliche im öffentlichen Raum und daraus resultierende Problemlagen

Zum Freizeitverhalten von Jugendlichen kann – selbstverständlich – unter anderem auch der Aufenthalt im öffentlichen Raum gehören. Dass dieser Umstand an sich schon für einige BürgerInnen ein Problem darstellt, kann und soll nicht Inhalt dieses Kapitels sein. Daher ist eine Abwägung, wann ein Verhalten Jugendlicher allgemein als „problematisch“ anzuerkennen ist, sorgfältig abzuwägen.

Unstrittig stellt es ein Problem dar, wenn sich Jugendliche im öffentlichen Raum ordnungswidrig oder strafbar verhalten.

In den vergangenen Monaten wurden vereinzelte Problemlagen bekannt, die auf ebensolches Verhalten zurückzuführen sind (Vandalismus, Gewalt, Drogenkonsum). Aus diesen Zusammenhängen heraus erreichen die Steuerungsgruppe Beschwerden von AnwohnerInnen, Institutionen und unterschiedlichen Gremien.

Beim Versuch, lösungsorientierte Maßnahmen zu finden, fällt in diesem Zusammenhang immer wieder ein Mangel an zugehenden Hilfen für Kinder und Jugendliche im Stadtgebiet auf. Es existieren mit wenigen Ausnahmen keine fest installierten Angebote, insbesondere nicht solche, die örtlich flexibel auf neu auftretende Problemlagen reagieren könnten.

Das Manko in diesem Bereich kann u.a. an folgendem Beispiel verdeutlicht werden: Im Jahr 2003 kam es – beginnend mit der Osterkirmes in Barmen – zu massiven Auseinandersetzungen zwischen Gruppen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen auf dem Kirmesgelände, z.T. – nach Aussagen der Schausteller – unter Einfluss von Alkohol. In einer Sitzung mit allen Beteiligten – sowohl

ordnungsrechtlich Handelnden als auch Sozialen Einrichtungen – wurden verschiedene Wege vereinbart, die Situation zu entschärfen. Die Abstimmung zwischen den Vertretern der Polizei, der Ordnungsbehörde und der WSW AG (hier: 3-S-Kräfte) gestaltete sich relativ unproblematisch. Deutlich schwieriger stellte sich der Bereich der Sozialen Hilfen dar: Da nicht im Vorfeld der nächsten Kirmes zu klären war, aus welchen (Wuppertaler?) Gebieten die Jugendlichen und jungen Erwachsenen stammten, stellte sich die Frage der örtlichen Zuständigkeit. Ein stadtweites, örtliche flexibles Angebot besteht, wie oben beschrieben, nicht. Nur durch die gute, personenbezogene Kooperation mit dem Stadtbetrieb Jugend und Freizeit gelang es in diesem Fall, zur nächsten Kirmes eine gangbare Lösung zu finden, durch die im Herbst die zeitweilige Präsenz eines Mitarbeiters vor Ort zur Klärung der Situation sichergestellt werden konnte.

Vereinzelt gibt es, z.B. an überproportional belasteten Stellen im Stadtgebiet, i.d.R. zeitlich befristete Projektmaßnahmen. Häufig scheint die Installation solcher Hilfen stark von den vor Ort handelnden Personen abhängig. Sicherlich ist teilweise auch hier die angespannte personelle Situation in allen Bereichen Sozialer Arbeit – sowohl bei der Stadtverwaltung als auch bei freien Trägern – ausschlaggebend. Die zur Verfügung gestellten Einzelprojekte überschreiten teilweise deutlich die Grenzen des prinzipiell machbaren und sind auch nur unter hohem Aufwand und unter Hinzuziehung externer Finanzierung (Bezirksvertretungen, Stiftungen etc.) leistbar.

Fest steht, dass auch Sicht der Mitglieder der Steuerungsgruppe immer wieder (und immer häufiger) ein deutlich über dem Angebot liegender Bedarf vorhanden ist. Die beteiligten Fachleute sind sich im Klaren, dass die Probleme größer werden, wenn nicht frühzeitig (auch präventive) Arbeit geleistet wird.

Auch, wenn bei der derzeitigen Haushaltslage der öffentlichen Hand nicht davon ausgegangen werden kann, dass neue Angebote kurzfristig installiert werden können, ist eine Ausweitung dieser Hilfen fachlich dringend geboten (vgl. Ausblick und Perspektiven, S. 42).

Für eine mittelfristige Perspektive erscheint es zumindest sinnvoll zu erheben, ob die wenigen bestehenden Angebote ausreichend vernetzt sind, Wege der Finanzierung ausgetauscht und damit erleichtert werden könnten oder konzeptionelle Änderungen möglich und/ oder wünschenswert wären, um auf neue Problemlagen differenzierter reagieren zu können. Der Versuch, diese Daten zusammenzufassen, scheiterte jedoch sowohl daran, dass es wenig vergleichbare Daten (weil wenige Projekte) gibt als auch daran, dass - sicherlich aus Gründen der hohen Arbeitsdichte – in einigen Bereichen eine zu geringe Bereitschaft bestand, Daten und Informationen zur Verfügung zu stellen.

5.2. Kooperation mit Stadtteilbeauftragten

Nach der Erhebung und Auswertung der Segregationsanalyse beschloss der Rat der Stadt Wuppertal, Beauftragte für die Stadtteile Oberbarmen/Wichlinghausen Süd, Arrenberg, Nordstadt, Unterbarmen, und dem Ostersbaum ab Oktober 2002 einzusetzen. Die Stadtteilbeauftragten werden mit Ausnahme des Gebietes Ostersbaum, welches durch Mittel des Landesprogramms „Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf“ gefördert wird, aus Mitteln der Bezirkssozialdienste bezahlt und sind Bindeglieder zwischen den BürgerInnen und der Stadtverwaltung.

Die ausgewählten Bezirke für integrierte Stadtteilarbeit sind gekennzeichnet durch:

- eine hohe Bevölkerungsdichte
- viele Kinder und Jugendliche, ohne ausreichende Freizeitangebote
- überdurchschnittlich viele ausländische BewohnerInnen
- einen überdurchschnittlichen Anteil von SozialhilfeempfängerInnen
- den Rückgang von Gewerbe, Einzelhandel und Dienstleistungen
- einen überalterten Wohnungsbestand

- eine sehr geringe Anzahl von Frei- und Spielflächen und
- ein negatives Stadtteil-Image.

Nach dem die neu eingerichteten Stellen für die Stadtteilbeauftragten im Oktober 2002 besetzt wurden, sollte analog zur vorherigen Praxis im Stadtteil Ostersbaum und im Quartier Oberbarmen / Wichlinghausen Süd das operative Geschäft der Steuerungsgruppe auf die Stadtteilbeauftragten übergehen. Diese konnten allerdings nur teilweise die Aufgaben der Steuerungsgruppe in den Stadtteilen übernehmen, da der Arbeitsauftrag im jeweiligen Quartier mit ca. 70% im Bereich Vernetzung und Koordination von Kindern und Jugendlichen und zu 30% aus der Entwicklung der Handlungskonzepte, Verkehrsprojekten und der ökonomischen Förderung im Stadtteil bestehen.

Durch das Einsetzen der Stadtteilbeauftragten gibt es AnsprechpartnerInnen, die sich mehrmals in der Woche vor Ort befinden und die betreffenden Projekte/Kontakte umsetzen/erstellen können. So können auch die Ergebnisse des stadtweiten Handelns der Steuerungsgruppe kurzfristig am jeweiligen Ort umgesetzt oder mit in die Überlegungen vor Ort einbezogen werden.

Probleme im Stadtteil werden beispielsweise über Bürgerforen/Arbeitskreise behandelt und von der Steuerungsgruppe, sofern es in ihr Aufgabengebiet fällt, unterstützt. Als Beispiel für diese gute Zusammenarbeit ist der Otto-Böhne Platz zu nennen: Hier gab eine Bürgerin über Umwege den Hinweis an die Steuerungsgruppe, dass das Verhalten der Jugendlichen (viel Lärm, Pöbeleien, und Übergriffe von Jugendlichen auf Kinder) problematisch sei. Aus diesem Anlass wurde durch die Beauftragte für die Stadtteilarbeit ein Ortstermin mit der Geschäftsführerin der Steuerungsgruppe, einem Vertreter der Polizei, der Leiterin des Projekts „Streetlife“ aus dem Haus der Jugend Elberfeld vereinbart, um nach einer Bestandsaufnahme (Sichtung der Örtlichkeiten und Gegebenheiten) nach Lösungsansätzen zu suchen.

Ergebnis: Aus dieser Begegnung entstand ein „Gewaltpräventionsprojekt“ für Jugendliche. Dieses Projekt wird von den StreetworkerInnen des Projektes „Streetlife“ unterstützt und begleitet, wobei die Federführung bei der zuständigen Stadtteilbeauftragten liegt.

6. Ausblick und Perspektiven

In den vorangegangenen Abschnitten wurde, gestützt durch Beispiele, die Entwicklung der Steuerungsgruppe im Berichtszeitraum 2002 –2004 dokumentiert.

Zukunftsberücksichtigend wären in einigen Bereichen Veränderungen wünschenswert.

Einige notwendige Entscheidungen, fallen in den Handlungs- und Entscheidungsspielraum der Kommune. Dieser „Spielraum“ ist aufgrund der angespannten Haushaltssituation als mehr als begrenzt anzusehen.

Wünschenswerte Änderungen wären eine Entspannung der angespannten Personallage im Bereich des Streetworks und des Kommunalen Ordnungsdienstes.

In verschiedenen Einzelpunkten wurde bereits auf die personelle Ausstattung in den eben genannten Bereichen hingewiesen. Für die Mitglieder der Steuerungsgruppe erscheint es notwendig, perspektivisch die Kapazitäten dieser Hilfen zu erhöhen.

Speziell im Bereich der Suchthilfe ist aufgrund des hohen Bedarfs eine Erhöhung der personellen Ressourcen im Bereich der zugehenden Hilfen notwendig, da die Anzahl der KonsumentInnen der sogenannten illegalen wie legalen Suchtmitteln bundesweit stetig steigt¹¹. Besonders bei Jugendlichen wird zukünftig auf Änderungen im Konsumverhalten, die u. a. durch speziell für diesen Markt entwickelte Getränke entstehen, zu achten und ggf. zu reagieren sein.

¹¹ Aus: Drogen- und Suchtbericht April 2004 der Drogenbeauftragten der Bundesregierung

Die finanzielle Lage der Stadt Wuppertal und die der freien Träger berücksichtigend, kommt man zu dem Schluss, dass eine personelle Ausweitung in diesen Bereichen im Moment nicht möglich ist. Die Anzahl der Einsatzgebiete, die im Rahmen der Tätigkeit der Steuerungsgruppe benannt werden, steigt stetig. Momentan sind die Notwendigkeiten teilweise nur durch überproportionalen Einsatz der Beteiligten, der oft zu einer Einschränkung anderer notwendiger Hilfen führt, zu leisten. Trotz vieler guter Ansätze und Problemlösungsstrategien ist es ohne eine Bereitstellung finanzieller Mittel nicht möglich, die Perspektive zu erreichen.

Auch im ordnungsrechtlichen Bereich rangieren die Anliegen der BürgerInnen weit über den tatsächlich zu leistenden Möglichkeiten. Aus dieser Sicht muss in den politischen Gremien und der Stadtverwaltung Wuppertal die Frage erörtert werden, ob die derzeitige Kapazität als ausreichend erachtet wird, um den Bedürfnissen der BürgerInnen gerecht zu werden.

Zunehmend häufig erreichen Beschwerden über Verunreinigung die Steuerungsgruppe, allerdings kann und soll hier nicht die Hauptaufgabe dieses Gremiums liegen.

Natürlich ist ein Informieren der Steuerungsgruppe berechtigt und erwünscht, wenn es sich um Hinterlassenschaften von DrogenbenutzerInnen handelt oder Verunreinigungen im Zusammenhang mit einer gesellschaftlichen Problematik stehen. Allerdings sind die Zuständigkeiten für reine Verschmutzung (unsachgemäße Entsorgung von Hausmüll, Verschmutzung der Standorte von Wertstoffsammelcontainern etc.) klar geregelt.

Selbstverständlich ist es für die BürgerInnen schwierig, einen Überblick über Zuständigkeiten - gerade im Gebiet der Verunreinigung - zu bekommen. Hier bietet sich eine Vielzahl von Optionen, aus denen die BürgerInnen wählen müssen. Um diese Problematik zu beheben, wurde Mitte Januar 2001 eine Sauberkeitshotline bei den ESW eingerichtet, deren Rufnummer regelmäßig in unterschiedlichen Printmedien zu finden ist (Tagespresse).

Von hier werden, falls die Zuständigkeit nicht bei den ESW liegt, die Hinweise schnellst möglich an die zuständigen Institutionen weitergeleitet.

Zusammenfassend ist – auch getragen durch die Mitglieder politischer Gremien und der Leitungsebene aller beteiligten Institutionen – die Arbeit der Steuerungsgruppe als erfolgreich zu betrachten. Grenzen des Handelns ergeben sich – wie im Bericht mehrfach aufgezeigt – häufig aus finanziellen bzw. personellen Gründen.

Alle Maßnahmen können sich zudem nur im Rahmen der gesetzlichen Regularien bewegen. Rechtliche Grauzonen oder Ermessensspielräume berechtigen nicht dazu, einzelne gesellschaftliche Gruppen auszugrenzen, um kurzfristige „Erfolge“ zu erzielen.

So hat sich die Steuerungsgruppe noch einmal im Dezember 2002 gegen eine Vertreibung einzelner Personengruppen ausgesprochen – die Begründung, als Auszug aus dem damaligen Sitzungsprotokoll – ist noch immer aktuell:

- ◆ Aufgabe der Steuerungsgruppe ist die Verbesserung der Situation auf öffentlichen Straßen und Plätzen. Bislang wurden Maßnahmen stets im Konsens aller Beteiligten durchgeführt, was eine allseitige Kompromissbereitschaft voraussetzt.
- ◆ Die Aufgabe der Steuerungsgruppe wird eher darin gesehen, Ursachen für Probleme zu beseitigen, als deren Auswirkung zu bekämpfen.
- ◆ Selbstverständlich sollte auch das Verhalten sozial benachteiligter Personengruppen so gestaltet sein, dass andere BürgerInnen nicht benachteiligt werden.
- ◆ Die einseitige Durchsetzung z.B. wirtschaftlicher Interessen an bestimmten Orten zum Nachteil anderer Gruppen kann jedoch nicht Kernaufgabe der Steuerungsgruppe sein.

- ◆ Bauliche Maßnahmen, die auch die Nutzung der Fläche durch andere BürgerInnen einschränken (z.B. eine Verschlechterung der Wegesituation) sind kein sinnvoll erstrebenswerter Handlungsansatz. Städtebauliche Prämissen sind auch hier zu beachten. Planerisch können gesellschaftliche Probleme dennoch nicht gelöst werden. Die PlanerInnen aus den sozialen Bereichen der Stadtverwaltung begleiten die städtische Bauplanung.
- ◆ Dem Auftreten sozial benachteiligter Personengruppen ist daher nicht mit Verdrängung, sondern einem sinnvollen, abgestuften Konzept zu begegnen. Hierzu fordert die Steuerungsgruppe nachdrücklich:
 - Schaffung von Alternativen, z.B. zum Aufenthalt, der betroffenen Personengruppen
 - Beibehaltung bzw. Ausbau der betreuenden und begleitenden Angebote (Streetwork, Beratungseinrichtungen etc.) mit möglichst ganzheitlichem Ansatz. Entsprechende Angebote sind auch für die Zielgruppe der Jugendlichen erforderlich.
 - Beibehaltung (Anmerkung: Zumindest in der ursprünglichen Anzahl der MitarbeiterInnen) bzw. Ausbau des Kommunalen Ordnungsdienstes zwecks ordnungsrechtlicher Flankierung. Die derzeitige Personalausstattung (5 MitarbeiterInnen) wird von der Steuerungsgruppe als unzureichend betrachtet.
 - Beibehaltung bzw. Ausbau der polizeilichen Präsenz im öffentlichen Raum
- ◆ Die Mitglieder der Steuerungsgruppe sind sich über die Grenzen der öffentlichen Haushalte bewusst, fühlen sich dennoch verpflichtet aus Ihrer Sicht fachlich gebotene Konzeptionen zu benennen und einzufordern, um die Festlegung von Prioritäten zu ermöglichen.
- ◆ Die Mitglieder der Steuerungsgruppe werden im Rahmen der personellen und finanziellen Ressourcen versuchen Probleme im öffentlichen Raum zu lösen. Mit zunehmenden Problemlagen und rückgängiger Finanzierung werden die Erfolgsaussichten geringer. Bereits die für 2003 angekündigten Einsparungen im Landeshaushalt belasten die soziale Arbeit (z. B. Streetwork) erheblich und werden vor Ort zu weiteren Problemen führen.

IMPRESSUM

Herausgeber: Stadt Wuppertal - Geschäftsbereich Soziales, Jugend & Integration
Ressort Jugendamt und Soziale Dienste
Fachbereich Bezirkssozialdienste
Koordination Soziale Ordnungspartnerschaften (201.101)
42269 Wuppertal

Konzeption & Gestaltung: René Zeiler

Design (Cover+Impressum): Alexander BIRTHÄLMER

Ansprechpartnerin: Sibylle Ackermann
Tel. 0202/563-4284
E-Mail: Sibylle.Ackermann@stadt.wuppertal.de

©  Wuppertal 2004

Dieses Werk (Inhalt und Gestaltung) ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung oder weitere Nutzung, die nicht ausnahmsweise durch das Urheberrechtsgesetz zugelassen wird, ist ohne ausdrückliche Zustimmung des Herausgebers verboten und im Übrigen strafbar. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen, z.B. dem Internet. Im Falle der Zuwiderhandlung muss mit einer strafrechtlichen Verfolgung durch die Stadt Wuppertal gerechnet werden.
